

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortl.
Tageblatt Riesa.
Herausg. Nr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Meißen befähigterseits bestimmte Blatt.

Postkassent.
Dresden 1888.
Stroffach.
Riesa Nr. 22.

Nr. 81.

Mittwoch, 6. Februar 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Winkens von Zustellungsänderungen, Schaltungen der Adressen und Rückstellungen behalten wir uns das Recht der Veranschaulichung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 20 mm breite, 1 mm hohe Schriftgröße (6 Ellen) 25 Gold-Pfennige; die 50 mm breite Reklameweise 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, je nach Lage. Sonstige Rabatte erteilt, wenn der Betrag vorläufig, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeiträge sind nur an der Kasse zu zahlen. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegeranstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Janger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Heilmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Frankreichs Kolonialpolitik.

Die Friedensverträge haben Deutschland seine ehemaligen Kolonien mit einer Begründung genommen, die die deutsche Kolonialpolitik, überhaupt die Art Deutschlands, seine Ueberseesgebiete zu kolonisieren und einer westlichen Zivilisation einzuschreiben, in schärfster Weise verurteilen will. Wenn auch das, was Deutschland als Kolonialmacht einst in Afrika leistete, durch unabwehrbare Tatsachen festliegt, so bleibt dieses ungewöhnliche Urteil wenigstens auf dem Papier bestehen. Deutschland erkennt es nicht an, sicherlich auch nicht die Mehrheit der Weltöffentlichkeit. Aber das hindert nicht die Siegermächte, immer dann, wenn sie dieses Urteil für ihre Propaganda gebrauchen, mit dieser angeblichen Verschuldung Deutschlands aufzutreten. In Anbetracht dieser Einstellung ist es von Zeit zu Zeit ganz interessant, einmal die Methoden unter eine kritische Lupe zu nehmen, die diese Mächte zur Kolonisierung ihrer Ueberseesgebiete verwenden. Vor einiger Zeit tauchten besonders in den Niederlanden Nachrichten auf, die von einer ausgedehnten Aufstandsbewegung in Äquatorial-Afrika, also der zentral gelegenen afrikanischen Kolonie Frankreichs reden. Paris hat sich zwar bemüht, diese Nachrichten zu dementieren oder zum mindesten die ganze Angelegenheit als ziemlich bedeutungslos hinzustellen. Immerhin gibt die französische Presse zu, daß Unruhen stattgefunden haben. Es soll nicht unsere Aufgabe sein, hier festzustellen, ob die Meldungen über die Erhebungen in Äquatorial-Afrika übertrieben sind oder nicht, uns interessiert mehr die Frage nach den Ursachen. Daß die Regierbedürftigkeit der französischen Kolonie unzufrieden ist und der französischen Verwaltung große Schwierigkeiten bereitet, wird von Paris zugegeben. Die Frage nach den Gründen ergibt sich also von selbst.

Bereits vor einigen Jahren wies der heute noch in französisch Äquatorial-Afrika amtierende Gouverneur in Paris, die französische Regierung hatte ihn zurückberufen, um Bericht zu erstatten über gewisse Unruhen der Bevölkerung, die damals die Pariser Öffentlichkeit äußerst beschäftigt. Die ganze Angelegenheit kam in die Kammer, es gab damals eine sehr lebhaft Debatte, dem Gouverneur gelang es aber, die Mehrheit des Parlamentes von der Zweckmäßigkeit seiner Maßnahmen zu überzeugen. Die Frage wurde liquidiert, und der Gouverneur kehrte wieder auf seinen Posten nach Äquatorial-Afrika zurück. Wenn auch damals die ganze Angelegenheit vertuscht wurde, so verdrängten doch nicht bestimmte linksorientierte Pariser Zeitungen darauf, einiges über die Gründe der Unzufriedenheit der eingeborenen Bevölkerung in Äquatorial-Afrika zu sagen. Die Ursachen lassen sich auf folgende Tatsachen zusammenfassen: Lange Zeit hatte sich die französische Regierung um diese innerafrikanische Kolonie wenig gekümmert. Offenbar in der Erkenntnis, daß die Erschließung dieser Gebiete den Finanzen des Landes großen Abbruch tun müßten. Schließlich entschloß man sich doch zu einem sogenannten Latifundien-System. Einer großen Anzahl von französischen Gesellschaften wurde die Ausbeutung der ungeheuren Landflächen zu einem Spottpreis überlassen. Man hat hier zu beachten, daß diesen Gesellschaften ein Gebiet von ungefähr 730 000 Quadratkilometern überlassen wurde, also eine Fläche, die fast anderthalbmal so groß ist wie Deutschland. An und für sich ist das Land reich an Bodenschätzen. Die Schwierigkeit bestand und besteht auch heute noch darin, daß diese Schätze an Gummi und Holz nur unter Ueberwindung großer Hindernisse an die Küste geschafft werden können, da Eisenbahnen kaum vorhanden sind. Der Transport wurde daher durch Träger bewerkstelligt. Als Träger verwendete man Neger, die, da sie sich nicht freiwillig zu diesem Dienst meldeten, hunderttausend zwangsweise ausgehoben wurden. Für ihre Arbeit erhielten sie so gut wie keine Entlohnung, hygienische Maßnahmen wurden überhaupt nicht getroffen. Die Folge davon war, daß eine erschreckend große Anzahl dieser ausgehobenen Träger auf Grund der Strapazen und der Entbehrungen aller Art zu Grunde gingen. Es ist begreiflich, daß die strapazierten, mit der die benötigten Träger mit Hilfe von Militär ausgehoben wurden, eine ungeheure Erregung unter den Eingeborenen auslöste. Inzwischen hat sich die ganze Sachlage für die Regierbedürftigkeit insofern äußerst verschlimmert, als die französische Regierung vor einigen Jahren zu dem Entschluß überging, die schon lange projektierte Bahnlinie aus dem Inneren des Landes zur Küste in die Tat umzusetzen. Dieser Bahnbau erfordert natürlich eine Riesenzahl von Arbeitern, die, da Europa sich ihm nicht unterziehen wollten, aus der Regierbedürftigkeit herausgeholt wurden. Dieses „Derausuchen“ geschah mit den üblichen Methoden einer zwangsmäßigen Ausbeutung. Den französischen Militärbehörden gelang es in kurzer Zeit, 30- bis 40 000 Neger für diesen Bahnbau zu „dingen“. Man hat nun zu beachten, daß das Innere des Landes aus Urwald besteht, daß dort ein ungeheures Klima herrscht, Fieber epidemien an der Tagesordnung sind, also Umstände vorhanden sind, die großartige hygienische Maßnahmen für die Arbeiter des Bahnbauwerks erforderlich gemacht hätten. Nichtsdestoweniger wurde für die Unterbringung, Ernährung und Gesundheitspflege der Neger von der französischen Kolonialverwaltung keinerlei Vorkehrung getroffen. Die Folge: fast vier Fünftel der Regierbedürftiger gingen elend im Wald zugrunde.

Wit bürren Worten sind hier die Ursachen aufgeschlüsselt, die den Unzufriedenheit der Regierbedürftigen

Der Reichstag zur Erwerbslosenfrage.

von Berlin, 5. Februar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Graf v. Helldorf (Dn.), er frage in einer Interpellation die Regierung, ob sie nicht schleunigst dagegen einschreiten wolle, daß von der Sozialdemokratie eine Broschüre „Sozialdemokratie und Arbeitslosigkeit“ herausgegeben wird, in der Hochverrat und Landesverrat im Kriegsfalle propagiert werde (Hört! Hört! recht!). Als Verlagsort sei das Reichstagsgebäude bezeichnet (Hört! Hört!). Die Regierung müsse erklären, ob es mit der Würde des Reiches vereinbar sei, daß der Reichskanzler seinen Auftrag von einer Partei erhalte, die den Hoch- und Landesverrat propagiert. Es sei auch ein unerhörter Mißbrauch, für eine solche Broschüre den Reichstag als Verlagsort zu nennen (Lachen v. d. So.).

Präsident Ebel erklärt, er werde die Interpellation der Regierung zuweisen. Was den Verlagsort betrifft, so könne jeder Abgeordnete das Reichstagsgebäude als seine Adresse angeben.

Auf der Tagesordnung stehen Anträge der Kommunisten, des Zentrum, der Wirtschaftspartei, der Deutschen Nationalen und der Sozialdemokraten, die sich mit der

Erwerbslosen- und Krisenfürsorge

befähigten. Abg. Jodisch (Komm.) begründet die kommunistischen Anträge. Er verweist auf die große Erwerbslosenfrage, die jetzt schon auf 3 000 000 angeht. Die Unterstützung sei ganz unzureichend. Für eine achtstündige Arbeiterfamilie werde in manchen Gebieten eine Tages-Unterstützung von 1,07 Mark gezahlt, während das amtlich bemittelte Futtergeld für einen Volksgenossen 1,50 Mark betrage (Hört! Hört! bei den Komm.). Der Leiter der deutschen Finanzpolitik sei in Wahrheit der Reichsbankpräsident, der Reichsfinanzminister sei nur die Marionette; er werde vom Reichsbankpräsidenten wie ein Puppenspieler hoch- und niedergesogen. (Der Redner erhält einen Ordnungsruf.) Die Erwerbslosen müßten selbst ihr Schicksal in die Hand nehmen und die heutige Gesellschaftsordnung stützen.

Reichsarbeitsminister Wisfl

beantwortet die kommunistische Interpellation. Die Notlage der Erwerbslosen sei zu ernst, um mit Parteifragen verknüpft zu werden. Diese Frage müsse mit dem Herzen beantwortet werden (Lachen und Rufe bei d. Komm.: „Heuchelei!“). Die die Regierung zur Erwerbslosenfrage steht, das hat sie in einer Denkschrift gesagt, die zunächst nur dem Reichsrat vorliegt.

In dieser Schrift betont die Regierung, daß sie die Not der Erwerbslosen tief beklage und die Ausgaben zur Linderung dieser Not als produktive Ausgaben im besten Sinne betrachte. (Lachen bei den Komm.) Ich verstehe die bittere Not der Erwerbslosen, denn ich habe in meinem eigenen Leben oft genug Not und Elend gelitten und dem Gespöck der Arbeitslosigkeit ins Auge geblickt zu einer Zeit, in der es noch keine Erwerbslosen-Unterstützung gab. (Lachen v. d. Komm. und Nationalsozialisten.) Für soziale und menschliche Regungen haben Sie offenbar kein Verständnis. (Neuer Lärm v. d. Komm. — Der Präsident ersucht die Kommunisten, doch die Antwort auf ihre Interpellation anzuhören.) Wie die Kommunisten auf die Arbeitslosenfrage von 3,2 Millionen kommen, ist mir schleierhaft. Tatsächlich haben wir zwei Millionen unterstützte Erwerbslose.

Auch diese Zahl aber umfaßt noch genug an Bitternis, Kummer und Not. Der harte Frost in diesem Winter hat die Erwerbslosigkeit in den Außenbetrieben sehr gesteigert. In der Veröffentlichung der Reichsbank für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung sind die Aussichten für die Zukunft mit einem Optimismus dargestellt worden, der das berechtigste Maß weit überschreitet. Die Reichsbank hält keineswegs vor dem finanziellen Zusammenbruch. Wenn freilich der harte Frost noch lange anhält, dann müßte geprüft werden, ob der finanzielle Aufbau der Erwerbslosenversicherung unverändert bleiben kann. (Lärm bei den Komm.) In ihrer heutigen Gestalt ist die Arbeitslosenversicherung ein erster Versuch auf einem ganz besonders schwierigen Gebiet. Zur Veränderung ist aber jetzt der Zeitpunkt noch nicht gekommen. Ich bitte, die dahingehenden Anträge abzulehnen. In der Krisenfürsorge sind Änderungen leichter möglich.

Die Regierung ist der Meinung, daß der Kreis der unter die Krisenfürsorge fallenden Arbeiter wesentlich erweitert werden muß. Für die Saisonarbeiter kommt die Krisenfürsorge nicht in Frage. Die Erweiterung der Krisenfürsorge soll zunächst bis Anfang Mai erfolgen. Eine weitere Verlängerung der Unterstützungsdauer hält die Regierung im Augenblick noch nicht für notwendig. Die Arbeitsvermittlung soll ausgebaut werden, besonders auf

dem Lande und in den kleinen Städten. Die Regierung ist bemüht, den Arbeitsmarkt durch Vergabe zahlreicher Aufträge günstig zu beeinflussen. Mit den Mitteln der Sozialpolitik allein kann die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt werden, dazu ist eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse notwendig. Im Ausschuss wird die Regierung im einzelnen darlegen, wohin ihre Maßnahmen zielen (Lachen bei den Komm.).

Abg. Frey (Soz.) hält den Kommunisten vor, daß ihre Anträge undurchführbar seien. Die Kommunisten rufen wiederholt: „Schwindler!“ — Präz. Ebel ruft die kommunistischen Abgeordneten Müller und Rabel zweimal zur Ordnung und droht ihnen bei der Wiederholung unparlamentarischer Zwischenrufe strengere Maßnahmen an.

Neue Vorschläge entstehen, als der Redner den Kommunisten vorwirft, sie seien geradezu die Beschützer der unorganisierten Arbeiter.

Die Krisenfürsorge sollte auf alle Berufe ausgedehnt und ihre Bezugsdauer wesentlich verlängert werden.

Abg. Kiefler (Str.) verweist in der kommunistischen Interpellation jeden Hinweis, wie den Arbeitslosen geholfen werden könne. Durchführbare Mittel seien auch in den kommunistischen Anträgen nicht genannt. Die herabsetzenden Bemerkungen über die deutsche Sozialpolitik seien nicht am Platze. Einführung der Arbeitslosenversicherung sei ein Ruhmesblatt der deutschen Sozialpolitik. Der Redner begründet einen Antrag, der gesetzliche Maßnahmen zur Abstellung der Mängel fordert, die der Arbeitslosenversicherung noch anhaften.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) schildert die besondere Notlage der erwerbslosen Angehörten. Bei ihnen habe die Erwerbslosigkeit die längste Dauer. Erstreckend groß sei unter den Erwerbslosen die Zahl der älteren Angehörten. Ohne Sondermaßnahmen werde man diesen Angehörten nicht helfen können, für sie sei eine Verlängerung der Bezugsdauer notwendig. Eine Beitragsdrehung müsse abgelehnt werden. Bei noch größerer Steigerung der Arbeitslosigkeit müßten die Beiträge aus allgemeinen Reichsmitteln gedeckt werden.

Abg. Trochmann (Bayr. Sp.) fordert Maßnahmen zur vermehrten Arbeitsbeschaffung und zur Verringerung des Bauarbeits. Die kommunistischen Forderungen seien geeignet, die ganze Arbeitslosenversicherung totzuschlagen. Wenn die Erwerbslosen dem kommunistischen Aufruf folgten, würden sie nur noch tiefer ins Elend geraten. Der Redner erklärt sich mit der Ueberweisung der Anträge an den Ausschuss einverstanden und spricht die Hoffnung aus, daß Verbesserungen zugunsten der älteren Angehörten erreicht werden.

Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) kritisiert den Bericht des Reparationsagenten und fordert dessen Ausweitung als lästiger Ausländer; zugunsten der älteren erwerbslosen Angehörten müßten radikale gesetzliche Maßnahmen getroffen werden, vielleicht ein Einkommenszwang, wie ihn die Demobilisationsordnung für die Kriegsdienstbeschädigten vorsah.

Der sozialdemokratische Antrag, die Krisenfürsorge auf alle Berufe auszudehnen, die Bezugsdauer allgemein auf 52 Wochen auszudehnen und für die über Vierzigjährigen gar nicht zu begrenzen, sollte ohne Rücksicht sofort angenommen werden.

Die Nationalsozialisten beantragten anmentliche Abstimmung über diesen Antrag.

Abg. Döhrich (Christl.-Nat.-Bauernpartei) meint, eine grundlegende Änderung der Arbeitslosenversicherung lasse sich nicht vermeiden. Die Rentenpolitik dehe sich immer mehr aus und hindere eine gesunde Entwicklung der Wirtschaft. Die beste Sozialpolitik sei eine Stärkung der Wirtschaft, besonders der Landwirtschaft.

Abg. Nibel (Komm.) wirft dem Arbeitsminister vor, er habe gleichzeitig mit der Erweiterung der Krisenfürsorge den Landesarbeitsministern eine Anweisung gegeben, die diese Erweiterung praktisch wieder aufhob.

Damit schließt die Aussprache.

Es ist Ueberwindung aller Anträge an den Sozialpolitischen Ausschuss beantragt worden.

Abg. Dr. Fiedl (Nat.-Soz.) beantragt sofortige Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag.

Als Abg. Dittmann zur Geschäftsordnung auch für den Antrag seiner Partei die Ausschuss-Ueberweisung beantragt, wird von den Kommunisten gerufen „Zurück!“ Abg. Dittmann wendet sich erregt gegen die Rufe und erklärt, seine Partei werde sich die Vöbeleien der Kommunisten nicht länger gefallen lassen. Die Kommunisten machen laute Rufe und Abg. Torgler (Komm.) erklärt, Abg. Dittmann habe mit den Vöbeleien angefangen.

Alle Anträge, auch der sozialdemokratische, werden dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Um 6 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf heute Mittwoch, 7 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Vorlage über die Entlastung des Reichsgerichts, der Kellogg-Pakt und das Arbeiterschutzgesetz.

Äquatorial-Afrikas bedingten. Die europäische zivilisierte Welt hat durch Gehebe den Sklavenhandel schon längst beseitigt. So wird es wenigstens immer behauptet. Bezeichnend die Tatsachen in Äquatorial-Afrika nicht die Erkenntnis, daß ein Sklavenhandel, ein Sklavenland auch heute noch besteht? Das eine alte Zivilisation, die mit

ihre Zivilisation so großen Wert legt, Sklaverei eines Sklavenhandels auch heute noch ist? Das diese Nation es wagt, Deutschland wegen seiner ehemaligen kolonialen Maßnahmen anzuklagen, ist eine Sache, für die die Zivilisation in Äquatorial-Afrika die bezeichnende Verachtung

Wir frieren ...!

Einen Winter, so andauernd mit Kälte und Schnee, haben wir lange nicht gehabt. Soweit wir auch zurückdenken, wir erinnern uns nur, daß es einige Frosttage gab, so um die Mitte des Januar herum recht kalt war, dann aber der Wetterumschlag eintrat, es einmal kalt, wieder recht gemächlich und wieder kalt war. Es gab jedenfalls im Winter Tage, da man tatsächlich ohne Ofen auskommen konnte. Aber dieser Winter ist heiß, jetzt, was er kann, läßt uns alle Wäcker zur Hand nehmen und zwingt uns zu lesen, daß ehemals der Winter vom November bis zum März andauerte, daß man auf den großen Gewässern mit Schlittschuhen und Schlitten fuhr, der Schnee meterhoch auf den Straßen lag. Wollen also die Gelehrten behaupten, die Erde erhalte und dieser Winter sei der beste Beweis dafür, so brauchen wir nur solche Aufzeichnungen zur Hand zu nehmen, um den Gegenbeweis zu führen. Denn wenn es vor dreißig und vierzig Jahren krenge Winter gegeben hat und lange Winter, so will uns scheinen, als ob die Zwischenzeit uns dennung sagte, so schlimm könne es mit der Erstaltung der Erde und der Verdrückung Europas in kältere Zonen gar nicht sein. Das alles ist aber nun Nebensache. Die Hauptsache ist heute und ist so lange das Thermometer nicht steigt, die Tatsache, daß wir gründlich frieren und uns eifrig daran gewöhnen, den Frost zu ertragen. Jeden Tag kämpfen wir von neuem, und immer wieder sagen wir uns, es sei doch besser, wenn der Winter um den Nullpunkt liegt, also tiefer unter dem Gefrierpunkt. Aber der Mensch gewöhnt sich auffällig schnell auch an die Kälte. Wir lesen, in Rußland und Finnland gebe es eine Kälte von 40 Grad, und wir denken, das sei unmöglich zu ertragen. Inzwischen, die Menschen dort leben und haben sich eben an diese Kälte gewöhnt. Wir würden, wenn wir durch eine solche Kälte überfordert würden, wohl unsere Ohren und Nase zuerst verbinden, aber sehr bald den Versuch unternehmen, sie wieder freizulegen. Wir frieren, weil wir uns an den Frost nicht gewöhnen wollen und weil wir täglich mit einem Umhüllung rechnen. Wir frieren, weil wir uns zu wenig Bewegung machen. Kälte braucht Bewegung. Sicherlich würden wir, müßte dieser Frost häßliche Einrichtung werden, uns mit ihm abfinden und sehr bald wie im Frühling spazieren gehen. Der Mensch ist eben ein Gewohnheitsdier und er kann sich einstellen auf alle Witterungsbedingungen. Er ist recht habil gebaut. Für die ganze Erde geschaffen, wandelbar, so daß er ebenso am Äquator wie in der Nähe des Nordpols heimisch zu werden vermag. Kommen wir indessen zurück auf die Tatsache, daß wir frieren, daß wir jammern und klagen, weil wir frieren, daß wir wünschen, der nächste Tag möge den Wetterumschlag bringen. Und feiner hat es besser. Dieser vielleicht, weil er seine gutgebaute Wohnung nicht zu verlassen braucht, jener, weil er eine lebhaftere Beschäftigung besitzt, die ihn heizt macht. Überall in Deutschland aber liegt der Frost, überall diesmal ohne Ausnahme, so daß wir gleichmäßig mit dem achten und neunten Winter gesegnet sind. Und es wird noch so ziemlich bis zu Ende Februar andauern, bis die Sonne etwas kräftiger scheint, die rauhen Luftströmungen eine andere Richtung nehmen und Eis und Schnee zu schmelzen beginnen. Ich habe nicht die Wetterfundamente gefragt, sondern in den alten Kalendern gesehen, der mich noch nie getäuscht hat. Vor fast 100 Jahren gab es einen ähnlichen Winter und es dauerte bis Ende Februar. So wird auch diesmal sein. Die Chronik erzählt aber auch, daß diesem Winter ein herrlicher Frühling und ein goldiger Sommer folgte. Nicht wahr, wenn wir das hören, dann frieren wir gerne noch einige Tage, und steht ja eine schöne Zeit bevor. Fredl.

Deutliches und Sächsisches.

Riesa, den 6. Februar 1929.
- Wettervorhersage für den 7. Februar. Mittelfrost von der Sächsi. Landeswetterwarte zu Dresden. Anfangs noch klar bewölkt und neblig, später zeitweise aufklarend. Verschärfung des Frostes besonders in Ostfriesland; in den nördlichen Richtungen schon sehr kalt. Winde aus westlichen Richtungen, vorwiegend mäßig kalt.
- Daten für den 7. Februar 1929. Sonnenaufgang 7,20 Uhr. Sonnenuntergang 17,00 Uhr. Mondaufgang 6,50 Uhr. Monduntergang 14,06 Uhr.
1812: Der Dichter Charles Dickens in Landport bei Portsmouth geb. (gest. 1870).
1878: Paph VIII. in Rom gest. (geb. 1792).

Mitteilungen aus der Reichshauptstadt.

Der Rat der Stadt Riela hat in seiner Sitzung vom 1. Februar 1929 u. a. die folgenden Beschlüsse gefaßt:
1. Der Herausgabe eines Führers für Riela stimmt der Rat grundsätzlich zu.
2. Ueber die in den Rahmen der Rohstoffmittelunterstützungen vorzunehmenden Maßnahmen sind aus sollen noch in regelmäßigen Abständen Berichte entnommen und im Laboratorium des Schlachthofes untersucht werden.
3. Der Rat bleibt dabei stehen, daß auf dem Rathhausplatz, dem Rosenplatz und auf dem Friedrichsplatz die Droschkenstände beibehalten sind und lehnt den Antrag der Kraftdroschkenbesitzer auf Einrichtung eines Standplatzes in der Waulitzer Straße ab.
Die Droschkerei der auf dem Bahnhofsplatz aufgestellten Kraftdroschken wird auf 10 festgesetzt. Die Beschlüsse der Kraftdroschkenbesitzer über die Reihenfolge der Befragung der Droschkenstände werden genehmigt.
4. Bei dem abtretenden Beschlusse der Stadtverordneten wegen der Beschaffung von Buchungsmaschinen für die Stadtkasse hat der Rat Berufung.
- Polizeibericht. Am Montag, den 4. Febr., 3 Uhr nachmittags, ist im Postamt entweder auf dem Schalterbett oder auf einem Post ein Geldstückchen mit 25 RM. und verschiedenen 2mal 50 Centimeter großen Lichtbildern liegen gelassen worden, das sich ein Unbekannter angeeignet hat. Um Mitteilung von Beobachtungen, die zur Ermittlung des Täters führen können, bittet der Kriminalpolizei. Gefordert hat sich der in Nummer 29 des Rielaer Tageblattes vom 4. 2. 29 bekannte Schlitten-diebstahl. Der Schlitten wurde im Stadteil Werdorf gefunden und den Bestohlenen zurückgegeben.
- Die Abgabe einer Gewerbesteuererklärung für das Rechnungsjahr 1929 betrifft eine im vorliegenden amtlichen Teile abgedruckte Bekanntmachung, auf die hiermit besonders aufmerksam gemacht wird.
- Die Mary-Bigman-Schule Dresden veranstaltet Montag, den 11. Februar, abends unter Leitung von Erka Lindner im Höpnerschen Saale eine Tanz- und Gymnastik-Vorführung. 8 Meisterkünstlerinnen werden durch ihre Kunst die Besucher erfreuen, so daß genussreiche Stunden gewährleistet sind. Man beachte die Ankündigung im vorliegenden Inseratenteil.
- Verhandlungen im Wohnungskontflikt in den sächsisch-dringischen Webersen. Der Schlichter für Mitteldeutschland, Ministerialrat Dr. Gausch, hat im sächsisch-dringischen Webersenkontflikt die beiden Parteien zu einer unerbittlichen Aussprache über die Möglichkeiten, den Konflikt beizulegen, auf Freitag, den 8. Februar, 11 Uhr nach Berlin geladen.

- Eiswettlaufen. Beim Eiswettlauf am Sonntag auf der Elbbahn an der Rößlerstraße wurde der größte Preis von Herrn Kurt Freund, Bismarckstraße 18 Runden in 51 Sekunden erlangt. Beim heutigen Wettlauf für Kinder (3 Runden) gingen als Sieger mit je einem 1. Preis hervor: Siegfried Diegel (52 Sek.), Josef Becker (57 Sekunden), 2. Preis Erich Schab (55 Sekunden).

- Öffentlicher Vortragabend im Jungdeutschen Orden, Riela, am gestrigen Dienstag im Saale des Hotel Olympia. Als Vortragender war Herr Generalleutnant A. D. Salzenberg gewonnen worden. Der Versammlungsleiter, der verdiente Führer der hiesigen Ortsgruppe des Jungdeutschen Ordens, Herr Preusche, eröffnete den Vortragabend, indem er zunächst bis in künftiger Aussicht erschienenen Damen und Herren herzlich willkommen hieß und dem Vortragenden, der erstmalig in Riela weilte, einen besonderen Willkommensgruß entbot. Er gab der Offiziersgruppe den besten Wunsch, daß der Abend den Beweis erbringen möchte, daß auch die Brüder und Schwestern der hiesigen Ortsgruppe ihr Bestes einbringen, um den Weg zu ebnen für die Riela, die uns alle bezaubert: ein einziges deutsches Volk zu schaffen und durch einträchtigen Willen die Schmach, die uns noch immer drückt, abzuwälzen. Nach einem von einem Ordensbruder vorgetragenen Gebet, in dem die Sehnsucht nach Deutschlands Neugeburt offenbart und der toten Herzen ehrend gedacht wurde, ergriß Generalleutnant A. D. Salzenberg das Wort zu seinem hochinteressanten Vortrage. In etwa anderthalbstündiger, freier Rede behandelte er, völlig frei von Geschäftigkeiten, in gewinnender begehrender Vortragart das Thema: „Der Jungdeutsche Orden und die neue Front“. Er dankte zunächst für den herrlichen Empfang und betonte, daß er sich freue, in der herrlichen, ausblühenden Stadt Riela weilen zu können. Ihm sei die Aufgabe geworden, über den Jungdeutschen Orden und die neue Front zu sprechen. Der Jungdeutsche Orden sei selbst eine neue Front, die ein neues Schicksal im neuen Vaterland darstelle. Diese neue Front seien nicht etwa neue Menschen, sondern ein neuer Geist. In der neuen Front herrsche aber der alte Soldatengeist des Pflichtbewußtseins und der nie versiegenden Vaterlandsliebe. Dieser alte Geist sei mit Freude und Stolz in der neuen Front aufgenommen worden. Dieser Gedanke der neuen Front sei bisher noch nirgends in dem Maße zum Ausbruch gekommen, wie im Jungdeutschen Orden, dessen Ziel es ist, dafür zu kämpfen, um die alten, verlorenen Güter wieder zu bekommen, um das wiederzugewinnen, was uns gegen göttliches und menschliches Recht genommen worden ist, zu kämpfen mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Zu diesem Mittel gehöre auch die Politik. Zwar werde man fragen, was hat der Jungdeutsche Orden mit Politik zu tun? Aber jetzt werde überall Politik gemacht, vom Stabshelm bis hinunter zu den kleinsten vaterländischen Verbänden. Man habe dem Jungdeutschen Orden vorgehalten, er treibe Republikanismus. Aber die von ihm gehegte Politik solle die Heilung des deutschen Volkes und die Rettung des Staates sein. Es gibt heute eine einzige Macht, die gebietend herrschen kann, das ist der Franzose. Man sei aber nicht den Feindmächten nachzulaufen, sondern diese seien zu uns gekommen. Redner erinnerte an den großen Tag, an dem am Fuße des Wölferstuhlsdenkmals das große Wort gesprochen wurde: „Wir lieben den Frieden, aber noch mehr die Freiheit!“ Dieses Wort aber sei verhallt. Leider habe festgestellt werden müssen, daß man selbst in vaterländischen Kreisen das Wort „Freiheit“ nicht wolle. Die sogenannte Westpolitik, die der Jungdeutsche Orden getrieben habe, bedeute nicht, um die Gunst Frankreichs zu buhlen, aber die Begehrtheit, sich mit Frankreich auszusprechen, um schließlich den europäischen Frieden zu erreichen. Es heiße warten und hoffen, aber auch zu handeln und nicht nur zu sitzen und zu träumen. Und weil der Jungdeutsche Orden gebandelt habe, seien auf ihn selbst aus den besten Kreisen unseres Vaterlandes Steine geworfen worden. Aber die erzielten Erfolge des Jungdeutschen Ordens seien heute viel weiter, als das deutsche Volk ahne. Die Unterhaltung erfolge nur mit den vaterländischen denkenden Franzosen und Belgiern. Die beruflichen Vermittler befänden sich in besser und anständiger Gesellschaft. Redner versicherte, weil wir den Krieg mitgemacht und ihn kennen gelernt haben, möchten wir ihn nicht wieder. Sei aber ein gerechter, anständiger Frieden nicht zu erreichen, dann gelte das Wort: Die Freiheit geht uns über den Frieden. Der Redner kam dann auf die luxemburgische Konferenz zu sprechen. Die Kritik hierüber, welche die Zeitschrift „Der Jungdeutsche“ veröffentlicht habe, sei von der übrigen deutschen Presse unterschlagen worden. Erst später hätten mit einem Male auch kapitalistische Zeitungen zugegeben, daß die Politik des Jungdeutschen Ordens die richtige gewesen sei, und sie sei auch heute noch richtig. Denn was der Orden tue, gelte nicht um seinetwillen, sondern um des Vaterlandes willen. Aber von vielen Seiten habe man das, was eine deutsche Tat gewesen ist, verhöhnt. Die neue Front solle gestiftet werden. — Die neue Front galt den weiteren Darlegungen des Vortragenden. Wenn man diese neue Front haben wolle, müßten die Volksgenossen errogen werden zur Ausdauer, zum festen Willen und zum Handeln. Nicht nur die äußere Politik sahre uns zum Handeln, sondern die Beherrschung des Schillerwortes: „Wir wollen frei sein, wie die Väter waren“. Redner aber müsse das andere Dichterwort zur Wahrheit werden: „Wir wollen sein ein einziges Volk von Brüdern“. Seien wir das nicht, dann würden wir nie frei sein, wie die Väter. Wir müßten zunächst die innere Einigkeit schaffen. — Der Reichsausschuß der Väter sei kein Vertrag, sondern ein schändliches Diktat. Redner erklärte, daß er den Unterzeichnern nie verzeihen könne. Vielleicht könne man sich die Lage, in der sich die Unterzeichner befunden haben, vorstellen, es war vielleicht kein anderer Ausweg da. So möge man die Sache auch menschlich betrachten. Aber durch die Unterschreitung auch die Deutschland unterstellte, Arienskind zu dokumentieren, sei unversöhnlich. Was in dem Vertrag stehe, sei so gemein und schimpflich, daß man sich nur wundern könne. Frankreich habe Elsas-Votbringen an allen unseren Grenzen neu aufzubauen. Alles beste darauf hin, daß wir diejenigen sind, die sich in dauernder Kriegsgefahr befinden. Es müsse in diesem Zusammenhang an den polnischen Korridor erinnert werden. Man solle sich also davon überzeugen, daß die Sache doch nicht so einfach sei. Es sei zu bedenken, daß unsere Zukunft nicht durch Selbstverleugung, sondern nur durch die Tat errungen werden kann. Redner stieg sodann des näheren auf die ökonomischen Zustände des Dawesplans ein. Bereits 80 Milliarden habe Deutschland gezahlt, ohne dafür eine befriedigende Leistung erhalten zu haben. Jetzt solle dieser Dawesplan revidiert werden. Was dadurch herauskommen werde, müsse die Zukunft lehren. Einen Vorschlag für Deutschland werde die Revision kaum bringen. Auf die innerpolitischen Verhältnisse eingehend, die unter dem Zeichen des Klassenkampfes stehen, bemerkte Redner, daß uns dafür die Diktatur über Nacht an den Abendstunden des Jahres 1918 überreicht worden sei. Die Sehnsucht nach einer neuen Front sei daher beargwünigt. Eine Front vertrieben Menschen, die wissen, daß sie das vaterländische Gefühl in ihrem Herzen tragen. Der Jungdeutsche Orden stelle so die geistige Erneuerung der neuen Front dar, daß sie — frei von Sonderinteressen — dem Volke und dem Staate dienen wolle. Wegen die internationale Lage werde sich der Jungdeutsche Orden und mit seiner ganzen

Kraft besonders gegen den Bolschewismus. Man habe die Gefahr der Weltrevolution erkannt und davon gewarnt. Der Bolschewismus sei der schlimmste und freieste Marxismus. Der Jungdeutsche Orden wende sich aber auch gegen den vaterländischen Kapitalismus, der nichts zu tun habe mit dem christlichen Kapitalismus. Kapitalismus und Sozialismus seien eine ungeliebte Einklang, die der Jungdeutsche Orden gebild und ehlich bekämpfe. Zu dem Vorwurfe, daß der Jungdeutsche Orden gegen Eugen-Berg kämpfe, betonte der Herr Vortragende, daß der Kampf nicht gegen die Berg gehe, aber das System gehe, denn solange die Ausbeutung von einem solchen Wirtschaftskonglomerat ausgebe, würden besonders Richthausen durch das Geld aufgezwungen. Und so bedeute dieses System eine politische Demoralisierung. Auch die Handlungsweise der Ufa-Gesellschaft, die beherzte Filme teilweise in der Tschechoslowakei verbreite, sei mit Entschiedenheit zu verurteilen. Man werde also, die Gefahr ist noch lange nicht überstanden. Um das deutsche Volk wieder zu festigen, sei die neue Front dringend notwendig. Man müsse acht geben auf die extremen Flügel der anderen Seiten. Es gelte, sich zu sammeln nach der Mitte der vaterländischen Front, besetzt sein, sich für das Vaterland zu opfern und alle Sonderinteressen zurückstellen. Ober, um mit Stein zu reden, er will, daß Volk und Staat wieder eins seien. Der Herr Vortragende, des großen Zimmermanns des Reiches, diese gewaltige Baumeistergröße, gehöre in die neue Front. Dieser Geist müsse in ihr verankert sein. Unser Reichspräsident, Generalfeldmarschall v. Hindenburg, der größte lebende Jungdeutsche, den wir in der Heimat haben, weiß, daß nur ein einziges Volk von Brüdern eine bessere Zukunft erkämpfen kann. Jeder echte deutsche Mann soll Freund und Bruder heißen. Mit dem begeisterten Ausruf: „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein!“ schloß der Vortragende seine Ausführungen, denen förmlicher Beifall folgte. — Nachdem Herr Preusche dem Herrn Vortragenden namens der Ortsgruppe gedankt hatte, folgte nach kurzer Pause freie Aussprache, in der Herr Direktor F. Diehl, Berlin — ein Deutschnationaler — das Wort ergriff. In ebenso sachlicher, ruhiger Weise, wie der Herr Vortragende, unterstrich er in der Hauptsache dessen Ausführungen, nur warnte er davor, den Hagen der Hoffnung auf Frankreich entgegenkommen nicht allzu straff zu spannen. Er verbreitete sich im weiteren über politische und wirtschaftliche Fragen und machte ebenfalls zur Eingangszeit. — Nach längerem Schlußwort des Vortragenden, in welchem dieser verschiedene Anfragen ergiebig beantwortete, schloß Herr Preusche mit dem Gruß „Freude mit allenwegen!“ gegen 11 1/2 Uhr den antegend verlaufenen Vortragabend.
- Zur Warnung für rücksichtslose Kraftfahrer. Ein aufregender Vorgang trat sich in der Witterungsnacht des 2. September vergangenen Jahres in Dresden-Pieschen auf der Leipziger Straße zu. Der 36 Jahre alte Schlosser Karl Oerbert Will Adam kam mit seinem unbesicherten Kraftwagen und in großer Geschwindigkeit stadwärts gefahren. Ein Polizeibeamter gab ihm mit seiner Taschenlampe ein deutlich sichtbares Haltzeichen. Unbekümmert raste Adam weiter. Ein zweiter Polizeibeamter stellte in einiger Entfernung sein Fahrrad quer über die Straße, um den Motorfahrer zum Abhalten zu nötigen, der aber sein Tempo nicht änderte. Dieser zweite Polizeibeamte mußte im letzten Augenblick, um nicht angefahren zu werden, sein Rad im Stiche lassen über das Adam mit seiner schweren Maschine hinwegflog. Wegen Uebertretung der Kraftverkehrsbestimmungen und Fahrerflucht wurde er jetzt vom Amtsgericht Dresden zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Nach den Befundungen der vernommenen Zeugen konnte der rücksichtslose Kraftfahrer leicht eigenen Schaden erleiden. Das Fahrrad des Polizeibeamten wurde dabei erheblich durch das Ueberfahren beschädigt.
- Bezahlt den Handwerkern! Und wird geschrieben: Der goldene Boden des Handwerks gehört längst zur Hölle; denn Maschinen leisten zu viele Vertia- und Halbfertigfabrikate, und der Handwerker ist zum großen Teile ein „Ausbeuter“, wenn er nicht an Neubauten tätig ist. Trotz der so wenig ruhigen Lage des Handwerkes glaubt leider das Publikum weiter Kreise noch immer, mit der Rechnung eines Handwerkers habe es Zeit und nochmals Zeit bis zur endlichen Bezahlung. Man verleihe sich doch selbst in die Lage eines Reichers vom Handwerk, der seine Geschäfte möglichenfalls pünktlich einlösen muß und das verarbeitete Material nicht wie eine lange schuldige Kette sein kann! Dazu kommen außerdem Nebenausgaben, hohe Steuern, Sozialmiete, Ausgaben für Werkzeug, Licht, Heizung usw., so daß ein Handwerkermeister, der schließlich mit seiner Familie auch leben will, den Kopf zur Seite wagt, daß auch wenn er pünktlich bezahlt wird, um so schlimmer ist die Lage des Handwerkers, wenn man ihn über Gebühr mit der Bezahlung der Rechnungen warten läßt.
- Behandlung aufgefundenen Luftballons mit wissenschaftlichen Apparaten. Das Ministerium des Innern gibt bekannt: Zur Sicherung der Luftfahrt und zu wissenschaftlichen Zwecken werden von verschiedenen meteorologischen Instituten im Deutschen Reich mittels Ballonen und Drachen Instrumente aufgeschleift, die die Temperatur und andere Wetterelemente selbsttätig aufzeichnen. Die Finder solcher Ballone oder Drachen mit Registrierinstrumenten werden ersucht, die an diesen befindlichen Anweisungen genau zu befolgen. In den Anweisungen ist stets die Drahtanschrift oder der Fernruf des in Frage kommenden Instituts enthalten. Dem Finder werden die Unkosten für diese Benachrichtigung erstattet. Bei richtiger Behandlung der Instrumente, die angegeben sind, erhält der Finder außerdem eine Belohnung. Die Ballone und Drachen, sowie die mitgeführten Apparate sind Staatsigentum. Unvorsichtige Beschädigung oder Entwendung wird strafrechtlich verfolgt.
- Der Fernsprechehr Deutschland-Buenos-Aires. Die Gebühr für ein Dreiminutengespräch zwischen deutschen Orten und Buenos-Aires ist vom 4. Februar an von 1,62 RM. auf 1,26 RM. und die Gebühr für jede weitere Minute von 44 RM. auf 42 RM. ermäßigt worden.
- Für eine Fristverlängerung der Wartestandsbesetzung. Der Reichsverband der Wartestandsbeamten und Lehrer e. B. hat gestern an die Fraktionsvorsitzenden der Parteien und die Mitglieder des Handelsausschusses des Reichstages ein Telegramm geschickt, in dem es heißt: „Schon im nächsten Monat kann es bei den Regierungskreisen zu Zahlungsbeeinträchtigungen kommen, da die Gültigkeitsfrist der Wartestandsbesetzung seit 1. Februar dieses Jahres abgelaufen ist. Eine rechtzeitige Neuordnung wurde nicht geschaffen. Verhängnisvoller konnte sich das Wartestandsproblem nicht gestalten. Die Beamten bekommen einfach kein Gehalt oder aber müssen ihr volles aktives Gehalt ausgezahlt erhalten, da sie laut Reichsgerichtsentcheidung trotz der Wartestandsbesetzung weiterhin als aktive Beamte zu gelten haben. Eine Fristverlängerung der ungültig gewordenen Wartestandsbesetzung auf Grund eines Initiativantrages dürfte dem Verzichtsfähigen aller Parteien entsprechen.“
- Die Ausländer als Hausbesitzer. Durch die Ergebnisse der Reichsmehrwertsteuer ist festgestellt worden, daß in den 30 preussischen Großstädten etwa 8 v. H. sämtlicher bebauter Grundstücke im Eigentum von Ausländern befinden. Der Erwerb der Grundstücke durch die Ausländer ist meistent während der Inflationszeit erfolgt. Weit über diesen Durchschnittsmaß von 8 v. H. stehen die

Freiherr von Hüfner gestorben.

Berlin. Der Oron- und Okafliegler Ehrenfried Freiherr von Hüfner ist am Dienstag abend 9,15 Uhr im West-Sanatorium nach gelungener Magenoperation entschlafen.

Beileidsteuern des Reichspräsidenten zum Tode des Freiherrn von Hüfner.

Berlin. (Hunfpruch.) Der Herr Reichspräsident hat an die Mutter des verstorbenen Oronfliegler v. Hüfner nachfolgendes Beileidstelegramm gerichtet:

Sehr geehrte gnädige Frau! An dem schweren Verlust, der Sie durch den uns allgerühmten Tod Ihres Sohnes betroffen hat, nehme ich aufrichtigen Anteil. Ich bitte Sie und Ihre Familie, den Ausdruck meines herzlichsten Beileides und die Versicherung entgegenzunehmen, daß ich dem Verstorbenen, dessen Name in der Geschichte der deutschen Luftfahrt weiterleben wird, ein ehrendes Andenken bewahren werde.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung bin ich Ihr sehr ergebener

gezeichnet von Hindenburg.

Die Deutsche Volkspartei und die Notlage der Landwirtschaft.

Berlin. Der Reichsausschuss der Deutschen Volkspartei für Landwirtschaft hat in einer besonderen Sitzung nochmals Stellung zu der Frage der Überwindung der anhaltenden Notlage der Landwirtschaft genommen. Der Reichsausschuss hat festgestellt, daß der Niedergang der Landwirtschaft allgemein anerkannt werde. Man könne nicht behaupten, daß die Not und die Verschuldung aus wirtschaftlicher Sicht, sondern nur aus den Gesamtverhältnissen heraus entstanden sei; es liege also keine Veranlassung vor, den Vorkriegsstand von Haus und Hof zu jagen, vielmehr müsse ihm nach Möglichkeit sein Bestes erhalten und diejenige Erleichterung verschafft werden, die er nötig habe, um wieder in Ordnung zu kommen. Hauptfrage sei, daß mit sachverständigem, finanztechnischem Rat Hilfe und Erleichterung gebracht werden könne, so daß die Neuverwendung an Geld und Kapital auf ein Mindestmaß herabgesetzt werde.

Würden die Dinge richtig eingeleitet, so werde man auf einfachere Wege ohne zu große Gelbverwendungen zu einer Erhaltung und Sanierung des Grundbesitzes kommen. Bergleiche, Kapital- und Zinsabstiche, sowie Stundungen müßten vereinfacht werden. Diese Aufgaben würden von einer Zentralstelle zu lösen sein.

Zur Durchführung dieser Aufgaben ersuchte der Ausschuss die völksparteilichen Fraktionen, zu beantragen:

a) Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, sofort geeignete Maßnahmen zur Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Betriebe aller Größen zu ergreifen. Zur Erreichung dieses Zweckes sind seitens einer mit den weitgehendsten Vollmachten ausgestatteten Stelle neben der Prüfung der Sanierungsmöglichkeiten auch Erhebungen und Verhandlungen mit den Schuldner- und Gläubigern zwecks Vergleichs, Nachlass von Forderungen, Zinsnachlass und Stundung durchzuführen. Diese Stelle und ihre Organe bedienen sich bei der Durchführung dieser Aufgaben, zu denen auch die Abstellung und Verteilung unrentabler Wirtschaften gehört, der zuständigen und provinziellen Selbstverwaltungs- und Trennungsgesellschaften.

b) Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, im Einvernehmen mit der Reichsregierung sofort geeignete Maßnahmen im Sinne des genannten Antrages zu ergreifen.

Die völksparteilichen Fraktionen in beiden Parlamenten haben bereits entsprechende Anträge eingebracht.

Das Notprogramm für die Landwirtschaft.

Berlin. Bekanntlich war für die Landwirtschaft ein Notprogramm aufgestellt, zu dessen Durchführung der Betrag von 30 Millionen zur Verfügung kam. In der Hauptsache wurde die Absatzförderung landwirtschaftlicher Produkte betrieben. Wie wir hören, ist das Hauptgewicht auf den Absatz von Vieh gelegt worden. Leider läßt sich nicht erkennen, ob die Ausgabe gelohnt hat, denn in der Öffentlichkeit hat man von einem größeren Fleischanfall nichts gemerkt. Die Förderung des Viehabsatzes lag in der Hauptsache in den Händen einiger Viehverwertungsgesellschaften, die aus dem Absatzfonds unterhalten wurden. Für die nächsten 5 Jahre sind nunmehr je 20 Millionen zur Absatzförderung landwirtschaftlicher Produkte zur Verfügung gestellt beim in Aussicht genommen. Es bedürfen sich aber jetzt auch die Händler-Organisationen, mit dem Viehabsatz betraut zu werden. So soll ein besonderer Viehhandelsverband im Entstehen sein, der auch die Regulierung der polnischen Schweineinfuhr übernehmen will.

Reichsrichtlinien für das Wohnungswesen.

Berlin. Der Wohnungsausschuss des Reichstages beriet am Dienstag die Einzelheiten der vom Reichsarbeitsminister dem Ausschuss vorgelegten Reichsrichtlinien für das Wohnungswesen. Einmütig war der Ausschuss der Auffassung, daß im Hinblick auf die weitverbreiteten Vorbereitungen für das laufende Baujahr 1929 irgend welche Änderungen der heute geltenden gesetzlichen Grundlagen für dieses Jahr nicht infrage kommen um jede Beeinträchtigung und Störung eines gleichmäßigen Ablaufes des Baujahres zu verhindern.

Die weitere Bearbeitung der Richtlinien soll vielmehr tunlichst im Einklang mit den kommenden Beratungen des Gebäudeaufsichtsausschusses zur Vorbereitung des künftigen Wohnungsbauwesens dienen. Da dieses Gesetz, das die finanzielle Grundlage für den Wohnungsbau bilden soll, frühestens am 1. April 1930 in Kraft treten wird, kommt auch eine etwaige Auswirkung der Reichsrichtlinien für diesen Zeitpunkt nicht in Betracht. — Diese Auffassung wurde vom Vertreter des Reichsarbeitsministeriums bestätigt.

Vor weiteren Versuchsflügen des Zeppelins.

Friedrichshagen. (Tel.) Die Montag-Nacht des Zeppelins galt der Prüfung des einwandfreien Funktionierens der Versuchsinstrumente. Es sind trotz der am Boden lagernden Dunkelheiten mehrere hundert photographische Aufnahmen gemacht worden. Dr. Koppel von der Versuchsanstalt für Luftfahrt äußerte sich über die Versuchsergebnisse sehr befriedigt. Für die nächsten Tage sind weitere Versuchsflüge vorgesehen. Nach Abschluß der Versuchsflüge wird das Schiff für die Anfang März vorgesehene Hauptversuche überholt und schließlich gemacht werden. Damit der Start zu jedem Zeitpunkt erfolgen kann.

Zur Regierungskrise.

Die Verhandlungen über die Umbildung des Koalitionskabinetts. Das Zentrum zieht seinen Minister zurück.

Berlin, 5. Februar. Soeben hat der Vorstand der Zentrumskolonie beschlossen, Minister von Götterd aus dem Kabinett zurückzuziehen. Dieser ist im Laufe des Dienstag-Abends, nachdem ihm der Beschluß der Deutschen Volkspartei, den Vermittlungsvorschlag, nach dem dem Zentrum zwei weitere Sitze in der Reichsregierung ohne koalitionsfähige Bindung eingeräumt werden sollten, abgelehnt, bekannt geworden ist, beim Reichskanzler erschienen, um ihm mitzuteilen, daß er während der Regierungsverhandlungen feils den Standpunkt vertreten habe, daß er im Kabinett nicht verbleiben könne, wenn den Wünschen des Zentrums nicht stattgegeben werde. Da dieser Entschluß jetzt eingetreten ist, sehr er sich genötigt, die Zentrumskolonie zu bitten, ihm den Austritt aus der Reichsregierung zu gestatten; der Reichskanzler hat aber dem Reichsverkehrsminister, seine endgültige Entscheidung vorerst noch zurückzuziehen, da er noch einen letzten Vermittlungsvorschlag unternehmen wolle. Reichsminister v. Götterd hat daher seiner Fraktion von dem Wunsch des Reichskanzlers Kenntnis gegeben. Diese hat beschlossen, die endgültige Entscheidung bis Mittwoch, 12 Uhr mittags, zu verschieben, um auf diese Weise dem Reichskanzler nicht

die Möglichkeit zu nehmen, seinen letzten Vermittlungsvorschlag durchzuführen.

Noch keine endgültige Entscheidung.

Berlin. (Hunfpruch.) In der Reichskanzlei begann heute vormittag 11 Uhr die angekündigte Besprechung des Reichskanzlers mit den Reichsministern Stresemann, v. Götterd, Koch-Meier und Schögel. In dieser Sitzung hat der Kanzler seinen neuen Vermittlungsvorschlag vorgebracht, über den aber noch nichts Bestimmtes bekannt wurde, da die Besprechung kurz nach 12,30 Uhr noch andauerte. Das Zentrum hatte gebeten, daß man ihm für seine Fraktionsführung am 12 Uhr Bescheid gebe. Da sich die Besprechung aber länger hingezogen, konnte der Wunsch des Zentrums nicht erfüllt werden. Darauf ist das Zentrum ohne Herrn v. Götterd zusammengetreten, nachdem der Fraktionsvorstand kurz beraten hatte. Das Zentrum unterbreitete seine Sitzung bald, um die Rückkehr v. Götterds abzuwarten. Die Kabinettsitzung, die einige Morgenblätter angekündigt hatten, hat nicht stattgefunden.

Eine neue deutsche Antwort an Poincaré.

Die Behauptungen Poincarés über die deutschen Propagandaausgaben.

Berlin. Das Büro des französischen Ministerpräsidenten veröffentlicht durch Capas eine Erklärung zu der Rede des Herrn Poincaré, in der er die Propaganda-Ausgaben im Reichshaushalt auf 94 Millionen Mark besetzt hat. Dieser Betrag wird in der Erklärung auf ein einzelnes Element des Haushalts für den Reichshaushalt 1927 zusammengesetzt.

Darauf ist zunächst zu bemerken, daß bei den von Capas angeführten einzelnen Positionen teilweise erhebliche Irrtümer unterlaufen sind. So sind z. B. 30 Millionen Mark für die Zahlung von Zuschüssen an Kinofilm, eine Ausgabe, die im Reichshaushalt für 1927 überhaupt nicht vorhanden ist. Bei anderen Angaben, wie z. B. dem Betrag für das wirtschaftliche Nachrichtenwesen, sind die Zahlen unrichtig mitgeteilt. In Wirklichkeit sind im Etat für 1927 für die Beschaffung wirtschaftlicher Nachrichten aus dem Auslande nicht 7 Millionen Mark, sondern nur 500 000 Mark eingezeichnet und bewilligt worden.

Das wesentliche ist aber, daß die Aufstellung von Capas eine Reihe von Ausgaben anführt, die mit Propaganda überhaupt nichts zu tun haben. So sind 3 Millionen Mark für die Reorganisation der deutschen Wissenschaft angegeben, eine Ausgabe, die lediglich der Beschaffung wissenschaftlicher Werke, der Drucklegung von wissenschaftlichen Publikationen und ähnlichen Zwecken in Deutschland dient. Ferner sind 400 000 Mark für wirtschaftliche Sachverständige

im Auslande erwähnt. Diese Summe dient ausschließlich zur Bezahlung der Gehälter dieser Sachverständigen, die ebenso, wie das seitens anderer Regierungen geschieht, den Missionen als Beamte zugeteilt sind. Große Summen, wie die für das Nachrichtenwesen, die besetzten Gebiete und Österreich, in Höhe von 37,5 Millionen Mark werden ausschließlich für wirtschaftlich notleidende Bevölkerungsteile des eigenen Staatsgebietes verausgabt, so daß in keiner Weise eine Verwendung im Auslande in Betracht kommt. Ebenso erkenntlich ist es, daß in der Aufstellung die Ausgaben für die Technische Rothilfe mit 2,5 Millionen Mark aufgeführt werden, die allein der inneren Verwaltung dienen.

Wenn man alle diese Posten berücksichtigt, ist ohne weiteres ersichtlich, wie wenig begründet die Angaben über die Höhe der deutschen Propaganda-Ausgaben sind. Eine auch nur oberflächliche Prüfung des deutschen Etat zeigt, daß die wirklich für Propaganda im Auslande angelegten Beträge nicht im entferntesten die von Herrn Poincaré angegebenen Summe erreichen. Selbst wenn man den Begriff der Propaganda im Auslande sehr weit faßt, können dazu aus dem Etat von 1927 nur folgende Titel gerechnet werden: ein Betrag von 8 Millionen Mark für geheime Ausgaben (insbesondere herabgesetzt auf 6 Millionen Mark), ein Betrag von 2,7 Millionen Mark für die Förderung des Nachrichtenwesens im Auslande und endlich ein Betrag von 6 Millionen Mark für kulturelle und humanitäre Zwecke im Auslande, von dem allein 4,5 Millionen Mark für die deutschen Schulen im Auslande festgesetzt sind. Bei allen anderen Titeln, die das Gebiet der Propaganda betreffen, handelt es sich um Ausgaben, die ausschließlich für das Inland bestimmt sind.

Der Kellogg-Pakt vom Auschuß genehmigt.

Berlin. Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages wurde am Dienstag zunächst der deutsch-amerikanische Handels- und Schiffsverkehrsvertrag behandelt. Nach erfolgter Aussprache wurde der Vertrag zur weiteren Beratung dem Handelspolitischen Ausschuss überwiesen.

Darauf folgte eine längere Erörterung über den Abschluss zur Vervollständigung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Mexiko. In der Erörterung beteiligte sich auch der Reichsaussenminister Dr. Stresemann. Das Abkommen wurde schließlich ebenfalls dem Handelspolitischen Ausschuss des Reichstages überwiesen. Ferner wurde der Kellogg-Pakt beraten. Dieser wurde nach längerer Aussprache von der Mehrheit genehmigt. Gleichzeitig wurde folgende Entschließung des Abg. v. Abenstein (DVP.) angenommen:

Der Reichstag erachtet, daß die Reichsregierung entsprechend der Erklärung in der Note des Reichsministers des Auswärtigen an den amerikanischen Botschafter in Berlin vom 27. April 1928 das Inkrafttreten des Kellogg-Paktes zum Anlaß nimmt, um auf Grund dieser neuen Garantie für die Erhaltung des Friedens bei den Regierungen der Vertragspartner und im Völkerverband auf Erfüllung der Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung sowie zum Ausbau der Wohlstandes, vorhandene und entstehende Gegensätze der Völkereinstimmungen und offensichtliche Ungerechtigkeiten auf friedlichem Wege zu beseitigen, mit allem Nachdruck einzusetzen.

Ausschußberatung über den Reichswirtschaftsrat.

Berlin. Im Reichstagsausschuss für Volkswirtschaft wurde am Dienstag die Vorlage über Bildung des endgültigen Reichswirtschaftsrates beraten. Von der Mehrheit wurde eine Zurückstellung des § 2 (Zusammensetzung und Verteilung der Sitze) zunächst abgelehnt. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei erklärten, daß sie eine Zurückstellung der weiteren Verhandlungen für richtig hielten. Bei der Weiterberatung wurden fast alle Paragraphen ohne Aussprache angenommen. Zu dem Entwurf des Reichswirtschaftsrates gab Abg. Dr. Rademacher (Dnat.) dem Bedenken seiner Freunde gegen Maß und Methode der im Entwurf vorgesehene Organe und der Auskunftsfrist Ausdruck. Auch von anderer Seite wurden einige Bedenken erhoben und schließlich einigte man sich dahin, daß über den § 2 erst nach der Vorlage am 19. Februar beraten werden soll. Das Schicksal des Gesetzes wird sich erst in der zweiten Ausschusssitzung entscheiden.

Zur Entlassung des Reichsgerichts.

Berlin. Der Reichsausschuss des Reichstages nahm dem Gesetzentwurf zur Entlassung des Reichsgerichts mit folgenden von dem Abg. Dr. Marum (Soz.), Dr. Wunderlich (DVP.) und Schiermann (Dem.) beantragten Änderungen an:

Nach Artikel 1 gilt in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten für das Rechtsmittel der Revision gegen Urteile der Ober-

landesgerichte bis zum 31. Dezember 1929 die Vorschrift, daß das Revisionsgericht, auch ohne ein Einverständnis der Parteien, gemäß § 7 der Bekanntmachung zur Entlastung der Gerichte ohne mündliche Verhandlung entscheiden kann, wenn nach Lage der Sache eine weitere Klärung der für die Entscheidung in Betracht kommenden Rechtsfragen durch die mündliche Verhandlung nicht zu erwarten steht. Bis das Revisionsgericht von dieser Befugnis Gebrauch machen, so hat es den Parteien Gelegenheit zur schriftlichen Äußerung zu geben.

In Artikel 2 wurde nach dem Entwurf der Satz gestrichen, wonach die bisherigen Vorschriften Anwendung finden sollen hinsichtlich der Revision gegen Entscheidungen, die vor dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes verhängt sind.

Der Justizminister Koch nahm die Entwürfe als Verbesserung der bestehenden Zustände an, äußerte aber Bedenken, ob sie für eine dauernde Entlastung des Reichsgerichts ausreichen.

Kleinrentnernot vor dem Sachverständigenausschuß.

Brannschweig an die Reichsregierung.

Berlin. In einer Eingabe an die Reichsregierung spricht die Vereinigung evangelischer Frauenverbände, in der 27 große Frauenorganisationen mit etwa 2 Millionen Mitgliedern zusammengefaßt sind, die dringende Bitte aus, daß die deutschen Vertreter im Sachverständigenausschuß auf die trostlose Lage der Kleinrentner in Deutschland hinweisen und seiner Entlastung zustimmen möchten, die dem Deutschen Reich eine Erfüllung seiner Pflicht diesen notleidenden Kreisen gegenüber unmöglich macht. Die Eingabe weist hin auf die fortschreitende Verarmung Deutschlands durch die Reparationszahlungen und auf die Unfähigkeit des Reiches, den Millionen Kleinrentnern, Kriegsinterdienten und Sozialrentnern ausreichende Existenzmittel zu gewähren. Angesichts dieser Notlage wird die Reichsregierung gebeten, alles zu tun, um zu verhindern, daß der jüngste Bericht des Reparationsagenten den Verhandlungen des Sachverständigenausschusses unzerstört zugrundegelegt wird.

Vertüchtigung im rheinischen Textil-Lohnstreit.

Darmen. (Hunfpruch.) Die Arbeitsgerichtsbarkeit in der Textilindustrie teilt durch Anschlag in den Betrieben mit, daß sie durch die schlechte Lage der Betriebe gezwungen sei, eine Minderung der bisherigen Arbeitsbedingungen vorzunehmen. Sämtliche Arbeitsverträge werden mit Wirkung vom 18. Februar gekündigt und es wird vorgeschlagen, neue Verträge mit folgender Minderung der Löhne abzuschließen: die Löhne der männlichen und weiblichen Arbeiter werden um 8,5 Prozent gekürzt, jedoch mit der Maßgabe, daß für männliche Arbeiter ein Mindestlohn von 63 Pfg. für die Stunde und für weibliche Arbeiter von 48 Pfg. für die Stunde garantiert wird. Der 18er Ausschuss der Gewerkschaften ist zusammengetreten, um zu dieser neuen Vertüchtigung im Lohnstreit Stellung zu nehmen.

Politische Tagesübersicht.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages genehmigt mit unversenklicher Mehrheit die Richtlinien für die Gesundheitsfürsorge bei der versicherten Bevölkerung. Die Richtlinien, die am 1. April d. J. in Kraft treten sollen, bedürfen noch der Genehmigung des Reichsrates, dem sie alsbald zugehen werden.

Der Reichstagsausschuss für Christen befragt eingehend die wirtschaftliche Lage Ostpreußens, insbesondere die landwirtschaftliche Lage. Beschlüsse wurden jedoch nicht gefasst. Der Zeitpunkt der nächsten Sitzung ist noch nicht festgelegt.

Erinnerungsfeier. Die Vereinigung „Republikanische Presse“, das Reichsbanner Schwarz-rot-gold (Vorstand Berlin-Brandenburg) und der Deutsche Republikanische Reichsbund (Ortsgruppe Berlin) veranstalten am Sonntag, den 8. Februar, abends 8 Uhr, im Wieneraal des Reichstages eine Erinnerungsfeier an die sechsjährige Weibekrieg der Eröffnung der deutschen Nationalversammlung. Dem Vorsitz führt Reichstagspräsident Eise. Sprechend werden Reichstagsminister a. D. Dr. David, Reichstagsabgeordneter Demmer und die Reichstagsabgeordnete Frau Weber.

Neues Gerücht am Trost. Ein Berliner Abendblatt meldet, daß gestern der Sowjetbotschafter Krezinski im auswärtigen Amt um die Einreise- und Ausreisegenehmigung für Trost nachsucht habe. Wie dazu von autoritativer Seite mitgeteilt wird, ist den zuständigen Stellen von einem derartigen Nachsuchen des Bolschewikers nichts bekannt.

Der Nachfolger des Reichsgerichtspräsidenten Simons. Das Reichskabinett hat, wie die „Post. Ztg.“ meldet, beschlossen, dem Reichsgerichtspräsidenten als Nachfolger des Reichsgerichtspräsidenten Simons den Ministerdirektor Bumke vom Reichsjustizministerium vorzuschlagen.

Die Abreise der deutschen Delegation.

zu. Berlin. Wie wir hören, werden die deutschen Sachverständigen am Donnerstag nach Paris abreisen. Der Reparationsagent Barter Gilbert hat deshalb seine Reise nach Paris verschoben, um die deutschen Sachverständigen in Paris zu erwarten und mit ihnen noch Rücksprache über das Endlosungsproblem zu nehmen.

Sozialdemokratie und Wehrproblem.

von Berlin. Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, die davon ausgeht, daß am 24. Januar d. J. eine Broschüre unter dem Titel „Sozialdemokratie und Wehrproblem“ erschienen ist, als deren Herausgeber die Sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Paul Lewi, Dr. Curt Rosenfeld, Max Seydewitz und Heinrich Ströbel zeichnen. Als Verlags- und Vertriebsort ist angegeben: Reichstag. In dieser Broschüre wird u. a. gesagt, daß, solange die Klassen-Gefährdung nicht erlöst ist, es nur das Vaterland der Reichen gebe, das die Armen mit Gut und Blut verteidigen sollten. Die Sozialdemokratie kämpfe für die Befreiung des Proletariats, die deutschen Proletarier hätten die Verpflichtung, der Kapitalistenklasse das Inkrement der Kriegsführung durch Geldverweigerung und so weiter zu nehmen und die deutsche Sozialdemokratie werde sich, wenn die historische Lage es erfordere, auch nicht vor Hoch- und Landesverrat zu fürchten haben. Sie haben keine Pflichten gegenüber Land und Nation, sondern lediglich gegenüber der Klasse des Proletariats.

Die Reichsregierung wird gefragt, ob sie es mit der Würde und Selbstachtung des deutschen Volkes und des Reichstages für vereinbar halte, daß Reichstagsler und drei Reichsminister ihren Auftrag von einer Partei erhielten, in der führende Abgeordnete des Landesverrat propagieren und öffentlich die Auffassung vertreten, daß die Partei keine Pflichten gegen Land und Nation habe. — Weiter wird die Regierung gefragt, was sie gegenüber der hiernach planmäßig betriebenen Sabotage der Landesverteidigung zu tun gedente und was sie gegenüber der unter Mißbrauch der Immunität betriebenen Organisation des Landesverrats zu tun gedente.

Die sächsischen Sozialdemokraten gegen das Wehrprogramm der SPD.

Leipzig. (Telunion.) Die sozialdemokratische Leipziger Volkszeitung beschäftigt sich unter der Überschrift „Gunderntausende Landesverrat“ mit der Erklärung des sozialdemokratischen Präsidiums über die Stellungnahme der sächsischen Sozialdemokraten zum Wehrprogramm der SPD, und mit den Besprechungen, denen diese Angelegenheit in reichsweiten Blättern in den letzten Tagen unterzogen worden ist. Das Blatt beklagt sehr, daß die Angriffe nicht einmütig durch die sozialdemokratische Partei abgewehrt wurden. Es sagt ferner die Feststellung hinzu, daß ein großer Teil der Parteipresse im Reich die Erklärung des sozialdemokratischen Präsidiums nicht veröffentlicht habe, und daß einige Parteizeitungen diese Erklärung sogar auf das schärfste zurückwiesen. Der Artikel schließt mit den Worten: Wenn die in der Stellungnahme einer ganzen Anzahl von Parteiblättern zur Ablehnung des Wehrprogramms zum Ausdruck kommenden Ansichten landesverratrisch sein sollen —! Aber dann sind eben Gunderntausende von sozialdemokratischen Arbeiterinnen und Arbeitern „Landesverratler“. Und sie sind es gern! Wissen sie doch, daß sie unter dem Begriff Vaterland immer etwas anderes verstehen werden als die Deutschnationalen und alle die, die zur Klasse der Besten oder zu ihrer Gefolgschaft gehören. Die sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands wollen nicht und sie werden nie wieder das Vaterland verteidigen, das Gunderberg und seine Clique in Gefahr setzen, wenn sie „Landesverrat“ schreien.

Neue Unruhen in Bombay.

Bombay. Die Streitigkeiten zwischen der Hindu-Bevölkerung und den muslimischen Watschans nahmen gestern einen so beunruhigenden Umfang an, daß das Geschäftsleben zum Erliegen kam und Truppen zum Eingreifen bereitgestellt wurden. Auch nachdem sich eine Abordnung von 500 Watschans zum Polizeichef begeben hatte, um dessen Schutz zu erbitten, verbreitete sich das Gerücht, daß die Abordnung auf dem Rückwege zwei Hindus angegriffen habe. Der Eingeborenenbevölkerung demütigste sich eine angebliche Erregung. Alle Wäden wurden geschlossen. Die nunmehr eingetretene Polizei wurde ebenfalls von den Watschans angegriffen. Sechs Polizisten wurden verwundet. Blaufärbende Bomben wurden gegen die Watschans geschossen, die sich in eine Richtung richteten. Sodann trat wieder Ruhe ein, jedoch ist das Geschäftsleben noch nicht wieder in Gang gekommen. Bei den Unruhen in den letzten beiden Tagen wurden zwölf Personen meist Watschans, getötet und 70 verwundet.

Bombay. Der Inspektor der europäischen Polizei berichtet in einem Bericht über die Verlegungen, die er durch die Unruhen in Bombay verursacht hat, folgende Zahlen:

Der Verwaltungsrat der Reichspost.

trat, wie wir bereits gestern mitgeteilt haben, am Dienstag zusammen. Reichspostminister Dr. Schädel bearbeitete bekanntlich die Verleumdungen als im arabischen und armenischen. Das Reichspostministerium sei für die Reichspost im wesentlichen verantwortlich gewesen. Das Ministerium der Posten habe sich bei ihr nicht ausgedrückt.

Im Laufe der Beratung wurde das sämtliche Finanzergebnis abgelesen. Eine Anrede des Herrn v. Eise, Treseley und des Generaldirektors Banka auf Ermäßigung der Gebühren fand keine Zustimmung, und zwar erklärten sich dagegen sowohl die Vertreter der Postverwaltung wie die Mehrheit des Verwaltungsrates.

Nach den Mitteilungen des Ministers Dr. Schädel hat die Gebührenveränderung etwas über 200 Millionen RM. erreicht. Ohne die Gebührenveränderung wäre eine Milderung an das Reich und die Befolgung der Gebühren nicht möglich gewesen.

Staatssekretär Gaudier erklärte, Tarifpolitik und Staatspolitik seien verschiedene Gebiete; der Tarif der Posten auf Posten und Gemeinleistungen. Mit dem 10. März 1928 sei nicht mehr auszukommen gewesen; der 15. März 1928 solle sich im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftslage.

Einleitend des Staatsrats des Reichspostministeriums erklärte Minister Dr. Schädel auf eine Anfrage des v. Eise, Reichspostminister (Wirtschaftsminister), daß bei der Reichspost keine Gefährdung vorhanden sei in der Richtung, wie es von dem Reichsbahnbesitzern des Inlandes nach zehn Jahren erhofft worden seien.

Nach Annahme des Nachtragsrats wurde eine Entschließung genehmigt, die den Minister ersucht, Vorfragen zu treffen, daß bei den Watschans nach Möglichkeit Beschäftigungsmöglichkeiten deutscher Herkunft verwendet und die Befreiungen der deutschen Industrie nach Durchführung ihrer Erzeugnisse gefördert werden.

Min. Rat v. Eise berichtete über die Fortschritte in der Verwaltung der Posten. In vier bis fünf Jahren werde die Verwaltung vollständig durchgearbeitet sein. — Der Bericht wurde vom Verwaltungsrat zur Kenntnis genommen. Hieraus wurde mitgeteilt, eine Prüfung der Nachtragsgebühren habe ergeben, daß durch die gegenwärtigen Gebühren die Selbstkosten nicht gedeckt würden. Ein Nachtrag an die Posten von Freikontingenzen habe sich als unmöglich erwiesen.

Der Postminister erklärte noch, daß Erhebungen darüber im Gange seien, ob eine Ermäßigung der Rundfunkgebühren eintreten könne. Die gesamte Wirtschaftslage des Rundfunks werde geprüft.

Beileidstelegramm des Reichspräsidenten zum Untergang der „Deister“.

Berlin. Der Reichspräsident hat an die Heeresleitung und Stadtkommandanten in Bremen anlässlich des Unterganges des deutschen Dampfers „Deister“ nachfolgendes Telegramm gerichtet:

„Zum Untergang des deutschen Dampfers „Deister“, bei dem so viele brave Seeleute den Tod gefunden haben, werde ich Ihnen meine aufrichtigste Teilnahme aus und bitte Sie, den Hinterbliebenen den Ausdruck meines herzlichsten Beileids zu übermitteln.“

von Hindenburg, Reichspräsident.

Hulaktion

des Dinerschiffes „Schleswig-Holstein“.

Berlin. Amtlich. Dinerschiff „Schleswig-Holstein“ meldet, daß es den deutschen Dampfer „Fris Schoop“ aus schwerem Badetis befreit hat. Es befindet sich zwischen Warnemünde und Gleditz. In seiner Nähe liegen die deutschen Dampfer „Thor“, „Samland“, „Fris Schoop“, der Däne „Gritter“, die Schweden „Alfa“ und „Rigander“, der Finne „Alfa“ und der Norweger „Vreidberg“.

Oberst Lindbergh

auf dem Fluge nach Panama.

New York. Oberst Lindbergh startete gestern in Miami (Florida) zu einem Fluge von über 2000 Meilen. Es handelt sich um die Durchführung des ersten regelmäßigen Luftpostdienstes von den Vereinigten Staaten nach Panama. Oberst Lindbergh landete planmäßig nach zwei Stunden dreißig Minuten in Panama, von wo er eine Stunde später nach Belize (Britisch-Honduras) weiterflog. Er traf dort fünf Minuten vor 4 Uhr nachmittags mit einhundertfünfzig Passagieren ein, da er unterwegs hatte landen müssen, um seinen knapp gewordenen Brennstoffvorrat zu ergänzen. Heute will er nach Managua (Nicaragua) und morgen von dort nach seinem Zielort Eritobal (Panama) weiterfliegen.

Das Urteil im Gattenmordprozess Erdelyi.

Budapest. Nach mehrwöchiger Verhandlung wurde, wie wir bereits gestern mitgeteilt haben, der des Mordes an seiner Gattin, der ehemaligen Schauspielerin Anna Horvack, angeklagte Bela Erdelyi zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Von den weiteren Angeklagten im Erdelyi-Prozess wurden Joseph Borsofi wegen Urkundenfälschung und Betruges zu einem Jahr Kerker und zur Aberkennung der politischen und bürgerlichen Rechte für zehn Jahre, Joseph Billa wegen der gleichen Straftaten zu einundzwanzig Jahren Kerker und Verlust der politischen und bürgerlichen Rechte für zehn Jahre, Nikolaus Domolotti wegen Urkundenfälschung zu sechs Monaten Kerker verurteilt.

Bis 11 Uhr war der große Schwurgerichtssaal, in dem der Prozess geführt wurde, bis zum Erbrechen voll. Der Angeklagte Erdelyi legte, als er in den Saal geführt wurde, ein ruhiges Benehmen an den Tag. Er schaute indifferent wie fast während der ganzen Verhandlung. Um 11 Uhr betrat der Gerichtspräsident den Saal und unter lautloser Stille verkündete der Gerichtspräsident das Urteil. Das Gericht erkennt Erdelyi des Verbrechens des verurteilten Mordes, des Mordes, der Urkundenfälschung in 28 Fällen, der Abhaltung zur Urkundenfälschung in drei Fällen sowie des Betruges und des verurteilten Betruges für schuldig. Im Sinne der ungarischen und österreichischen Strafgesetzbücher wird Erdelyi die Gesamtkosten von lebenslänglichem Zuchthaus und zehn Jahren Verlust der politischen und bürgerlichen Rechte verhängt.

Berufung im Gattenmordprozess Erdelyi. Budapest. Der Verteidiger legte gegen das Urteil im Gattenmordprozess Erdelyi unter Zurückhaltung aller im Laufe der Verhandlung vorgebrachten Nichtaufgebildeten Berufung ein. Als Erdelyi angefordert wurde, sich zu dem Urteil zu äußern, erklärte er mit erhabener Stimme: „Im Bewußtsein meiner Unschuld lege ich Berufung ein.“ Als der Angeklagte von den Gefängniswärtinnen abgeführt wurde, rief er dem Publikum zu: „Das war der würdige Abgang des Rabarotto“.

Zertliches und Sächliches.

Mien, den 8. Februar 1928.

Lebensmittelkontrolle. In einer Bekanntmachung des Ministerialblattes für die Sächsischen Innere Verwaltung heißt es über die Lebensmittelkontrolle u. a.: Die Durchführung der Lebensmittelkontrolle vom 5. Juli 1927 mit der Nahrungsmittelkontrolle beauftragten Nahrungsmittelkontrollen haben bisher ihre Kontrollen im wesentlichen nur den Lebensmittelgeschäften entnommen und dem Handel mit Lebensmittel im Umkreis und im Marktverkehr nicht die genügende Beachtung geschenkt, obwohl eine besonders scharfe Kontrolle gerade dieses Handels möglich ist. Dem im Handel im Umkreis und im Marktverkehr sind die Lebensmittel im allgemeinen im arabischen Maße schädlichen Umständen zum Beispiel durch die Temperatur und Verschmutzung wie in den Lebensmittelgeschäften ausgesetzt. Auch werden gerade minderwertige Lebensmittel, die im lebenden Gewerbebetriebe kaum mehr veräußert sind, gern noch dem Handel im Umkreis zugeführt. — Das Ministerialblatt für die Sächsischen Innere Verwaltung enthält außerdem Bekanntmachungen über die Anweisung der Lebensmittelkontrollen bei Lebensmittel, über die Befreiung von Lebensmittel, die in Strafverfahren festgestellt sind, ferner einen Nachtrag zum Verzeichnis der Wesseln und Märkte im Freistaat Sachsen im Jahre 1928, weiter einen Nachtrag zu dem im Jahre 1928 herausgegebenen „Verzeichnis der Regeln, nach welchen die in Sachsen abzuhandelnden Wesseln, Tram- und Rollmärkte bestimmt werden“, ferner Bekanntmachungen über die Befreiung von Jagdpachtverträgen, über die Gemeindefreiheit der Fleischbeschauer, über Überfälligkeitshafen und ähnliche Veranstaltungen mit Kraftfahrzeugen auf öffentlichen Wegen, und über Kraftfahrzeugkontrollen und über die Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Landesgerichtsrates für Gemeindebeamtenbeurteilung.

Beratung und Beschlussfassung über Lehrpläne für den Religionsunterricht. Im Verordnungsblatt des Sächsischen Ministeriums für Volksbildung wird auf folgendes hingewiesen: Die Verordnung vom 10. Mai 1928 schreibt vor, daß auf Grund der allgemeinen und der Sonderverordnungen des Landeslehrplankomitees die Lehrveranstaltungen der Schulen Lehrpläne mit Stoff- und Zielangaben für die einzelnen Klassenstufen aufzustellen haben, die nur mit Genehmigung des Bezirksschulrats unter Zustimmung des Bezirkslehrerates Zustimmung erlangen. Dem Ministerium sind Beschlüsse vorzutragen, wie diese Vorschriften auf Lehrpläne für den Religionsunterricht anzuwenden ist. Das Ministerium geht entsprechend der Verordnung vom 13. Juni 1928, wonach die aus der Kirche ausgetretenen Lehrer auf keiner Klassenstufe Religionsunterricht erteilen dürfen, davon aus, daß die Lehrer und Bezirkslehrer, die aus der Kirche ausgetreten sind, an der Aufstellung von Lehrplänen für den Religionsunterricht sich nicht zu beteiligen haben. Ihre Mitwirkung und Beschlussfassung bei der Genehmigung von Religionslehrplänen durch den Bezirksschulrat im Bezirkslehrerrat erstreckt sich lediglich auf die Prüfung der Einhaltung der Bestimmungen des Landeslehrplanes in den Bezirks- und Einzelplänen, und die nach § 32 des S. G. B. über den gesamten wie den Religionsunterricht auch durch den aus der Kirche ausgetretenen Bezirksschulrat auszuführende Aufsicht beschränkt sich, abgesehen von der Beobachtung der für jeden Unterricht allgemein geltenden gesetzlichen Vorschriften auf die technische Seite der Erteilung des Religionsunterrichts durch den Lehrer. — Weiter enthält das Verordnungsblatt des Sächsischen Ministeriums für Volksbildung noch Bekanntmachungen über Lehrbücher für Reichsschulbücher über einen Lehrgang für den Berufunterricht, über Abhaltung von Prüfungen für Beruflehrer und Beruflehrerinnen am Berufseminar in Leipzig und über einen Lehrgang für Berufsschullehrkräfte am Verkaufsschule.

Verlegung der Mitgliederversammlung des Reichsstadteverbundes 1928. Die diesjährige Mitgliederversammlung des Reichsstadteverbundes findet nicht, wie mitgeteilt, am 5. und 6. September, sondern am 22. und 23. August d. J. in Kiel statt. Der Tagung geben Sitzungen des Gesamtvorstandes und des Hauptausschusses voraus. Im Anschluß an die Tagung wird Gelegenheit zu einer mehrtägigen Führer-Studienreise nach Hildesheim, Westfalen, Ostpreußen, Gurland und Hamburg gegeben.

Batterie des Vereins für das Deutschtum im Ausland. Eine Batterie des Vereins für das Deutschtum im Ausland versucht in Gießen für das weit verzweigte und ständig wachsende Deutschtumswort unter den Deutschen im Ausland neue Mittel zu gewinnen. Da der Preis des Loses nur 1 RM. beträgt, dafür aber ansehnliche Gewinne von 5000 RM. abwärts und eine Prämie von 4000 Reichsmark in Aussicht stehen, so erhofft der Landesverband Sachsen eine reiche Beteiligung der sächsischen Bevölkerung und einen erheblichen Ertrag für seine Arbeit.

Die Dienstanweisungen der Reichspost mit den Vertretern der Verbände der Reichspostministerien sind abgeschlossen worden. Die Hauptverwaltung hat den Begriff „besonders anstrengende Beschäftigung“, bei der die 48-Stunden-Weche gilt, weiter gefasst, so daß ein größerer Teil des Personals in den Bereich der 48-Stunden-Weche kommt. Ferner wurde bei besonders schuldigen Lehrenden die Arbeitszeit des Personalpersonals gekürzt und die höchst zulässige Arbeitszeit des Personals, das auf Hauptarbeiten im eigentlichen Betriebsdienst beschäftigt wird, von 57 Stunden auf 55 Stunden herabgesetzt. Den weitestgehenden Forderungen der Gewerkschaften konnte nicht entsprochen werden, da sie durch die Rücksicht auf die Betriebsfähigkeit nicht gerechtfertigt seien und ihre Erfüllung eine finanzielle Belastung der Reichspost verursachen würde, die für sie nicht tragbar seien.

Rabebaul, Lohndienst. Im 76. Lebensjahre hat hier am Sonntag der Gründer und Eigentümer der Firma G. u. H. Thoenes, Sächsischer Industriepionier, Fabrikbesitzer August Thoenes. Die Firma hatte am 8. Dezember 1928 noch ihr Goldenes Jubiläum begehen können, welchem der Generalrat beizuwohnen.

Leipzig. Ein jugendlicher Straßenschüler. Das Reichsgericht hat am Dienstag mit dem Fall eines besonders schweren Raubes zu befaßen, der seinerzeit in der Chemnitzer Gegend viel Aufsehen erregte. Der 1908 in Oels geborene und trotz seiner Jugend bereits vorbestrafte Wirtschaftsgehilfe Erich Hauschild, der kurze Zeit auch in Leipzig gewesen war und dort eine gewisse Bekanntschaft geknüpft hatte, hatte am 8. Dezember 1927 seinen Dienstgeber, den Gutbesitzer Zimmermann in Oberlungwitz, als dieser von einer Geschäftsreise nach Chemnitz zurückkehrte, auf einem Feldwege überfallen, schwer mißhandelt und ausgeraubt. Seine Leibeskräfte hatte er dabei auf dem Wege und sich mit Hauschild annehmen nach dem Tat in die Gegend von Dresden, wo sie später verhaftet werden konnten. Das Schwurgericht hat Hauschild verurteilt, den Täter am 12. November zu 11 Jahren Zuchthaus und seine Leibeskräfte zu 1 1/2 Jahren Gefängnis. Die gegen das Urteil eingelegte Revision wurde gestern vom 1. Senat des Reichsgerichts als unbegründet verworfen.

Beitragsverböhung in der Angestelltenversicherung?

Stellungnahme des Reichsversicherungsamtes.

Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte nimmt jetzt Stellung zu der Versicherungsamtlichen Bilanz, die es dem Reichsversicherungsamt einreicht in der Denkschrift über den Ausbau der Angestelltenversicherung vorgelegt hat.

Das Direktorium erklärt zunächst, daß die Rechnungsgrundlagen der Bilanz insoweit in den Beitragsentnahmen und in der Versicherungssumme überholt worden sind. Die Bilanz ist günstiger geworden, der Beitragsbeitrag hat sich um einen geringen Betrag vermindert. Keinesfalls aber wird, so heißt es weiter, diese Verminderung in ins Gewicht fallen, daß die Leistungen ohne Beitragsverböhung gekürzt werden können. Das Direktorium hält es nicht für angelegig, die zur Sicherung der künftigen Leistungen bestimmten Leistungsmittel für Beitragsverböhrungen heranzuziehen.

Das Direktorium kommt sodann zu folgenden Stellungnahmen: Bei den gegenwärtigen Beiträgen ist eine Verböhrung des Grundbeitrages und des Rinderbeitrages nicht möglich. Der Beitragssatz in der Invalidenversicherung kann an den Prozentsatz in der Inhabitenversicherung nur angepaßt werden, wenn eine entsprechende Beitragsverböhrung erfolgt. Die Herabsetzung der Altersgrenze ohne entsprechende Beitragsverböhrung hält das Direktorium nicht für vertretbar. Dagegen kann bis zum Ablauf des Jahres 1931 die Reichsversicherungsanstalt einem Versicherten, der das 60. Lebensjahr vollendet hat, nach Ablauf der Wartzeit das Ruhegeld gewähren, wenn er seit mindestens 20 Wochen arbeitslos und bedürftig ist und keinen Anspruch nach dem Gesetz für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenversicherung hat. Die Verkürzung der Wartzeit auf 60 bzw. 90 Beitragsmonate erscheint unter den in der Denkschrift angegebenen Voraussetzungen annehmbar.

Bestimmter wird die Einführung einer Altersrente in der Angestelltenversicherung. Altersrente soll nach dem Tode des Versicherten gewährt werden, wenn kein Anspruch auf Witwen- oder Witrerente besteht. Die Witwen- und Witrerente sowie die Altersrente betragen 6 Prozent, die Witwenrente für jede Witwe 5 Prozent des Ruhegeldes.

Der Grasstrauß.

Das ist nämlich so: Über meinem Tisch auf der Konsole steht der Grasstrauß. Nun ja, meinst du, da steht er... und was weiter. O, immerhin manches weiter! Wohl sind die Federn und Rippen schon trocken, wohl ist er nicht mehr hellgrün und lastig wie einst; aber — steht du, da ist es eben: wie einst. Draußen ist nun der Himmel grau und voller Wolken, bald schneit es, bald regnet es draußen, und früh schon kommt die Dämmerung und leuchtet sich grau in alle Ecken. Und dann wird der Grasstrauß lebendig. Und auf einmal steigen Gedanken und Erinnerungen aus den schlanken Halmen hervor, legen sich auf die Stühle rings um-lächeln uns an.

Ah, es ist durchaus nicht große Later und Gedächtnisse, von denen sie reden: „weißt du noch, damals als du uns pfändetest“ sagt eine Handvoll schwerer, dichter Rippen. „damals war der Himmel ganz hoch und blau und voller Sonne; und wir nideten dir zu. Weißt du noch — damals...“ Ja, ja, ich weiß es schon! Und mancherlei Worte fallen mir ein, die damals hin und her gingen. Und dort hinten die fein-feinen Gräser wiegen sich leicht: „denkst du noch an den kleinen Bach... und an die Weiden darüber... Die waren voller Vogelgefang und Bienen?“

Nun ja, meinst du, das ist ganz hübsch. Das sind so Phantasien in der Dämmerstunde und für Menschen, die vielleicht Zeit haben. Paß mal auf, der Grasstrauß als solcher ist es auch nicht allein, was ich meine. Aber wenn ich den so anschau und erzählen höre, ist mir der Gedanke gekommen, daß es ganz gut sein kann, wenn wir auch sonst im Leben solche einen Grasstrauß haben. Es ist ja nun so — du weißt es gewiß auch — daß in unserem Leben auch mancher Tag grau und voller Wolken sich zeigt, und Hagel, Schnee und Regen mal miteinander abwechseln. Ich meine so irgendeine kleine Freude, irgendein freundliches,

gutes Wort, das uns ein sonniger Mensch gab. Hätten wir unter Grasshalme fortgeworfen, wären sie zerstreut und hüßlich geworden und dürr und ungesund. Mit den feinen und unheimlichen Gedächtnissen ist es nicht anders. Warum sollen wir sie nicht sammeln und ein bißchen sorgsam mit ihnen sein, daß wir sie nicht verlieren? — Wir sollten nicht zu hastig leben und nicht nur das Große und Hohe und Aufregende festzuhalten trachten! Die farbenreichen und leuchtenden Blumen — gewiß, auch sie haben in prägendem Strauß eine Zeitlang da und machen unser Leben heller und freundlicher.



Erdbeeren, die kein Tageslicht gesehen haben,

wurden von zwei französischen Forschern gezogen und der Pariser Akademie der Wissenschaften vorgelegt. Die Erdbeerpflanzen wurden durch zwei Metalladampfen von 1200 Watt bestrahlt, die in einer Höhe von 1,20 Meter durch einen Motor ständig in kreisförmiger Bewegung gehalten wurden. Während unter natürlichen Verhältnissen Erdbeeren in achtzig Tagen reifen, trieben die elektrisch bestrahlten Pflanzen schon nach fünfzehn Tagen Blüten, und nach vierzig Tagen waren die Früchte vollkommen reif und — wie die Kulturprobe der Akademie der Wissenschaften ergab — sehr wohlknochend. Da aber ein Stück die Reifezeit von 125 Franken (= 30 Mark) kostet, braucht die Sonne die Konkurrenz einzuweilen nicht zu fürchten. — Unser Bild zeigt die Art der Durchführung des Versuches: vorn Löpfe mit Erdbeerpflanzen, hinten mit Wasser.

Kunst und Wissenschaft.

Das Ergebnis der Ausgrabungen in Afghanistan. Im Pariser Museum Guimet ist eine Ausstellung von Gegenständen vorwiegend keltischen Gepräges eröffnet worden, die in Abda und der Umgebung dieser Stadt in Afghanistan von der französischen Expedition Hartouy ausgegraben worden sind und infolge der Feindschaft und Eigenart ihrer Ausgrabung alles übertraffen sollen, was bisher an Erzeugnissen einer der hellenischen verwandten Kunst in Asien gefunden wurde. Die französische Expedition, der das ausschließliche Grabungsrecht in Afghanistan verliehen worden war, hat in und bei Abda 601 Stupas mit rund sechs-tausend Reliefs, Standbildern, Statuetten, Bildern und Papyrusdokumenten freigelegt und erforscht, die aus der Zeit vom 2. Jahrhundert vor Christus bis zum 2. Jahrhundert nach Christus stammen. Ein Teil der Bildwerke trägt heilige

das Gepräge hellenischen Kunstinflusses, wiewohl andere vollkommen individuell und sehr realistisch aufgefaßt sind. Die Hälfte der gefundenen Statuetten mußte vereinbarungsgemäß der afghanischen Regierung überlassen werden, während das Uebrige in rund hundert Kisten verpackt, im Pariser Museum Guimet zur Aufstellung gelangt.

Bestand eines Serums gegen das Malaria. Nach einer der Pariser Akademie der Wissenschaften zugegangenen Mitteilung des in der französischen Kolonialarmee dienenden Arztes Leon Normet, der ein Laboratorium in Französisch-Indochina leitet, ist es diesem gelungen, mit Hilfe eines kulturellen Serums, dessen Zusammensetzung noch nicht bekanntgegeben worden ist, Malaria, die einen großen Blutverlust erlitten hatten, in 95 von hundert Fällen vor dem Tode zu bewahren. Das gleiche Serum soll auch bei Menschen wertvolle Dienste getan haben, so daß es wahrscheinlich in Fällen, wo rasche Hilfe nötig und eine sofortige Bluttransfusion nicht möglich ist, einen Menschen zu retten vermag.

Handel und Volkswirtschaft.

Am Berliner Börse war der Effektenmarkt zu Anfang am Dienstag etwas unruhig, aber er besichtigte sich bald, obwohl besonders anregende Momente nicht vorlagen. Am Rentenmarkt notierten Kuponanleihe 88,90, Reichsanleihe 115,50. Schiffahrtswerte konnten sich behaupten. Am Bankenmarkt waren Berliner Handelsbank und Reichsbank unverändert. Die sonstigen Großbanken blieben meist unverändert. Am Montanmarkt ergaben sich Kursverbesserungen bis zu 1 Prozent, eine Ausnahme machten Zink, die 2 1/2 Prozent verloren. Rohwolle stieg sich um etwa ein bis zwei Prozent. Der Getreidemarkt war schwach. Von den Textilwerten hatten Vereingte Baumwollgarn 7 Prozent verloren, gemann aber diesen Verlust zurück. Bemberg waren eine Kleinigkeit höher. Gegen Schwere schloß drückte das Kurzniveau wieder auf den meisten Gebieten etwas ab. Der Satz für tägliches Geld war 6 1/2 bis 6 Prozent, für Monatsgeld 6 1/2 bis 6 Prozent. Der Frachtmarkt blieb unverändert.

Wasserstände

	1. 2. 29	1. 2. 30
Weser: Ramatl	+ 15	+ 24
Wobran	+ 32	+ 28
Eger: Dain	- 16	- 12
Ob: Rimbura	- 3	- 7
Brandels	+ 15	+ 18
Dielnt	+ 28	+ 28
Leitmeritz	- 22	- 25
Müllig	+ 10	- 4
Dresden	- 192	- 190
Mies	- 188	- 142

Großhändler Schweinemarkt vom 5. Februar 1929. Preis eines Ferkels: 20—28,00 M. Ausnahmen über Rotis. Aufzucht: 75 Ferkel. — Schweine. Infolge der außerordentlichen Hitze war der Umsatz nur gering.

Marktberichte.

Wichtigste Getreidepreise an der Produktionsstätte in Berlin am 6. Februar. Getreide und Cellulose pro 1000 kg, feinst pro 100 kg in Reichsmark. Weizen, märkischer 213—216, pomm. — Roggen, märkischer 206—208, märkischer, neu pomm. — Gerste, neu Sommergerste — Wintergerste — Hafer, märkischer 200—206, schlesisch. — Mais loco Berlin 238—239, Wagon frei Hamburg — Weizenmehl, pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sach (feinstes Marken über Rotis) 26,25—29,75, Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sach 27,25—29,50, Weizenmehl, fe. Berlin 15,2 bis —, Roggenmehl, fe. Berlin 14,70 —, Hafer — Getreide — Victoria-Getreide 40,00—45,00. H. Speltis-Getreide 28,00—34,00. Futtererbsen 21—23. Feinstes Getreide 21,00—23,00. Weizen 26,00—28,00. Unverarbeitet, blaue 15,50—16,50 gelbe 18,00—20,00. Serradelle, neu 33,00—43,00, Weizenmehl Basis 38°, 20,00—20,30. Weizenmehl Basis 37°, 25,00 b. 25,20. Weizenmehl 13,00—13,40. Getreide-Extraktbasis-Schrot Basis 45°, 22,40—22,70. Weizenmehl 19,00—19,50. Weizenmehl-Basis 14,90—15,00. Braugerste 216—224. Futter- und Industrieernte 192—202.

Die Dame und ihr Kleid.



1. und 2. Zusammenstellungen von Rocke, Schal und Muff aus kurzgefärbtem Woll.
3. Gewand und Rock mit einer Grundfarbe in Dunkelbeige und geometrischen Mustern in Blau und Weiß.
4. Garnitur von Handtasche und Schuhen in festigen Gebrauchsformen.
5. Sehr leichter Mantel aus zartem Samt mit reichem Pelzbesatz. Stoppnähte an der Taille — zur Markierung der Taille — und im Rücken.
6. Jungweibliches Kostüm aus Tuch mit Krümmersbesatz und Stoppnähten an Taille und Rock.
7. Out aus Seide mit Garnierung von taupfeinfarbenen Filz. Dazu ein Seidenschal in Kastanienbraun und Beige.
8. Champagnerfarbener Out aus Filz und Panama.
9. Strickkostüm für den Wintersport — Innenteil aus feinstem blau gestrickt mit dunkelblauen Streifen.
10. Floater Korsettzug aus wuscheligen Tuch mit aufgesetzten Taschen und Reißverschlüssen. Dazu Schal, Handtasche und Stiefchen aus Woll in verschiedenen Färbungen von Weiß.
11. Pullover in Weiß, Kastanienbraun und Schwarz.

9. Strickkostüm für den Wintersport — Innenteil aus feinstem blau gestrickt mit dunkelblauen Streifen.
10. Floater Korsettzug aus wuscheligen Tuch mit aufgesetzten Taschen und Reißverschlüssen. Dazu Schal, Handtasche und Stiefchen aus Woll in verschiedenen Färbungen von Weiß.
11. Pullover in Weiß, Kastanienbraun und Schwarz.

Der neue Vorschlag des Reichsanwalters.

Berlin. (Funkdruck.) Die Besprechung des Reichsanwalters mit den vier Ministern der Justiz der Regierung neben dem Reichsanwalt dauerte bis gegen 3 Uhr. Die im Reichsanwalt vorliegende, geht der neue Vorschlag des Reichsanwalters, daß die Stellung im Reich und in Preußen aus dem Reichsanwalt heraus zu übernehmen sein soll und zwar derart, daß das Zentrum im Reich zum Reichsanwalt ernannt werden soll, während das Zentrum in Preußen zum Reichsanwalt ernannt werden soll. Dafür soll es den Antrag der DVP. auf 2 Ministerämter in Preußen anerkennen, und der Vorsitzende der Zentrumspartei Abgeordneter Raab ist gebeten worden, auf die preussische Zentrumspartei mit seiner ganzen Autorität dahin einzuwirken, daß sie die Regierungsumbildung in Preußen in Fluss bringt. Wenn sie fertig ist, würde dann der letzte Reichsanwaltsanspruch erfüllt werden, indem das Reichsanwaltersamt für die besetzten Stellen automatisch mit einem Zentrumsmittler besetzt wird.

Herr v. Guérard hat sich nach der Besprechung in der Reichsanwaltschaft zum Reichstag begeben, wo sofort der Fraktionsvorstand des Zentrums zu einer Besprechung auftrat. v. Guérard berichtete über die Konferenz in der Reichsanwaltschaft und überbrachte die Bitte des Reichsanwalters, daß die Fraktion heute nachmittags ihre Entscheidung zu dem Vorschlag treffen möge. Es ist anzunehmen, daß auch die Reichsanwaltschaft der DVP. heute nachm. dazu Stellung nehmen wird. Damit liegt die nächste Entscheidung nun in den Händen der Fraktionen.

Königin-Mutter Maria Christina gestorben.

Madrid. (Funkdruck.) Die Königin-Mutter Maria Christina ist heute im Alter von 70 Jahren gestorben. Maria Christina, eine Tochter des Kaisers von Österreich, vermählte sich 1870 mit König Alfons XII. und lebte nach dessen Tode von 1885-1902 die Regentin.

Eine Korporalkraft durch Oxydgas vergiftet.

Möbils a u. s. In der vergangenen Nacht ist eine französische Korporalkraft der Garnison durch ausströmendes Gas eines Ofens, dessen Ableitungsröhre undicht geworden war, vergiftet worden. Ein Soldat war am Morgen bereits tot, vier wurden bewußtlos aufgefunden. Zwei von ihnen schweben noch in Lebensgefahr.

Eine Spur der Zesoreindreicher.

Berlin. (Funkdruck.) Die Arbeit der Polizei zur Ermittlung der Zesoreindreicher aus der Reichstraße wird Tag und Nacht fortgesetzt. Heute vormittags wurde der Pförtner des Hauses vernommen. In seiner Aussage mußten sich dem Lokalanzeiger zufolge Widersprüche befinden, denn er und seine Frau wurden vorläufig bis zu deren Klärung auf dem Pädium festgehalten.

Letzte Funkdruck-Meldungen und Telegramme vom 6. Februar 1929.

Verhaftung eines ungetreuen Kassenverwalters. Berlin. (Funkdruck.) Hier wurde der 38jährige Büropostbote Runder verhaftet, der bei einer Agentur der Feuerversicherungs-Gesellschaft „Reinland“ den Posten eines Kassenverwalters bekleidete und beschuldigt wird, 40 bis 50 000 Mark unterschlagen zu haben. Runder war bei der Gesellschaft vor 9 1/2 Jahren als Lehrling eingetreten und hatte sich im Laufe der Zeit zu der Vertrauensstellung emporgearbeitet. Anfang d. J. blieb Runder plötzlich aus dem Büro weg und entschuldigte sich zunächst mit Erkrankung. Später teilte er seinem Chef brieflich mit, daß er mit ihm nicht abrechnen könne, worauf Nachforschungen angestellt wurden, die das Fehlen eines Teiles der wichtigsten Bücher und eines Betrages von 40 bis 50 000 Mark ergaben. Runder behauptet, alles Geld für die Gesellschaft und in deren Interesse verwendet zu haben.

Ministerpräsident Braun beim Reichspräsidenten. Berlin. (Funkdruck.) Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den preussischen Ministerpräsidenten Braun.

Kommt Trocki nach Deutschland. Berlin. (Funkdruck.) Ein offizieller Schritt der russischen Regierung wegen der Einreise Trockis nach Deutschland ist nicht erfolgt. Vielleicht haben private Besprechungen in dieser Richtung stattgefunden, jedenfalls hat das Kabinett noch keine Veranlassung gehabt, sich mit dieser Sache zu beschäftigen.

Siegfried Döb gestorben. Berlin. Der Direktor des Philharmonischen Chors, Professor Siegfried Döb ist im Alter von 72 Jahren gestorben.

Zahlungseinstellung einer Berliner Bankfirma. Berlin. Infolge von Ausfällen an Debitoren und Nichteingang von Aktienrückzahlungen steht sich die Firma W. Reichenbach & Co., Bankkommanditgesellschaft u. A.,

angewandten, ihre Leistungen einzustellen. Wem die Einzahlungen bedürfen nach Angabe der Firma nicht.

3 Personen durch Gas getötet. Hamburg. (Funkdruck.) Als der 60jährige Hermann Hermann in Hamburg heute früh von der Schiffbrücke nach Hause kam, fand er die Wohnung verriegelt. Er brach mit Hilfe der Nachbarn die Tür auf. In der Küche, wo alle Gashähne geöffnet waren, lag der 30 Jahre alte Sohn Franz bewußlos, konnte aber bald ins Leben zurückgerufen werden. Das Gas war auch in das im Obergeschoss gelegene Schlafzimmer gedrungen, wo die beiden Kinder des Herrn Hermann, 3 Mädchen im Alter von 4 und 5 Jahren, und die 18jährige Frau des Hermann H. tot in den Betten lagen. Frau Hermann wurde vorläufig verhaftet. Die Ermittlung wird ergeben, ob er die Hähne hatte, die beiden Kinder und die Frau mit sich in den Tod zu nehmen.

Schwere Explosion in der Brauerei Jirnboer. Jirnboer i. Bayern. (Funkdruck.) Heute früh 10 Uhr explodierte in der Brauerei ein Becken. Zwei Arbeiter, die mit Wasser beschäftigt waren, erlitten schwere Brandwunden. Die Wasserversorgung des Beckens wurde unterbrochen.

Die Unruhen in Bombay. Bombay. (Funkdruck.) Die Unruhen haben sich heute früh fortgesetzt, besonders im Stadtbezirk Varel. Truppen bewachen dort die Straßen. Mehrere Personen wurden angegriffen, Straßenbahnwagen mit Steinen beworfen.

Zehn goldene Rechtsregeln für Landwirte.

Von Graf Döttinger, Rechtsanwalt am Kammergericht Berlin.

1. Unterschreibe du, ohne durchgesehen zu haben, so schnell du dich fühlst, auch wenn die mit allen Umständen von deinem Vertragspartner verhandelt wird, es habe nur das Gefühl, was dir von ihm mündlich zugesichert sei. Fast jeder Vertrag enthält die Klausel: „Mündliche Nebenreden gelten nur dann, wenn sie schriftlich bestätigt werden.“
2. Du hast dein Geld, um die Früchte des Landes zu verschleudern. Willst du die Erzeugnisse nicht am Orte verkaufen, so mache keine Abschlüsse durch Fernverkäufer, die dir nicht schriftlich bestätigt werden. Zende vor Eingang der Bestätigung die Ware nicht ab. Verkaufst du am Orte an Händler, so frage bei deiner Genossenschaft erst an, welche Tagespreise gelten. Steht dir eine Genossenschaft nicht zur Verfügung, besorge dir vor dem Abschluß erst die Marktberichte.
3. Verkaufst du an einen Markthallenhändler in Kommission, so mache den Mindestverkaufspreis aus („Limit“) und lasse dir diesen bestätigen, bevor du die Ware abschickst. Dann besorge dir bei der Abrechnung, bevor du sie anerkennst, die amtlichen Berichte der Markthallenleitung und prüfe, ob die erzielten Preise auch stimmen.
4. Ist dein Schuster noch so tüchtig, so laß dich bei ihm dein Pferd doch nicht beschlagen. Daß du aber einen Prozeß vor, so wende dich anstatt an den Anwalt an den „Rechtsbeistand“, der auf dem Gebiete des Rechtes ebenfalls besteht wie der Schuster vom Fußbeschlag. Bei Stiefmängeln wende dich wegen der Gewährleistung sofort an einen Rechtsanwalt. In anderen Fällen wende dich an den Landbund, der von Vertrauens-Rechtsanwälten beraten wird.

5. Bei einer Rechtsanfrage läge in der Regel alle Schriftstücke, die sich auf den Streit beziehen, bei und gib eine wahrheitsgemäße Darstellung, sonst müßt die die Unschicklichkeit sein.

6. Schütze deinen Nachbarn mündlich ab. Basse dir kein Grundstück, das du erst später kaufen willst, zur Verfügung übergeben. Das sind nur Quellen von Streitigkeiten.

7. Stelle bei Hofübernahme die Eltern im Mitenfall sicher, ebenso die Geschwister, die später auszuheilen sind. Stelle sie so, wie du es von deinen Kindern im Alter erwartest.

8. Besser 30 Mark für eine Eisenbahnfahrt als 300 Mark für Prozeßkosten. Hast du einen Prozeß verloren und willst die Verurteilung einlegen, so laß vorher zu einem in Landwirtschaftskreisen (falls es sich um solche handelt) erfahrenen Rechtsanwalt und prüfe, ob du mit der Verurteilung durchbringen kannst. Auch der Landbund steht dir hierbei zur Seite.

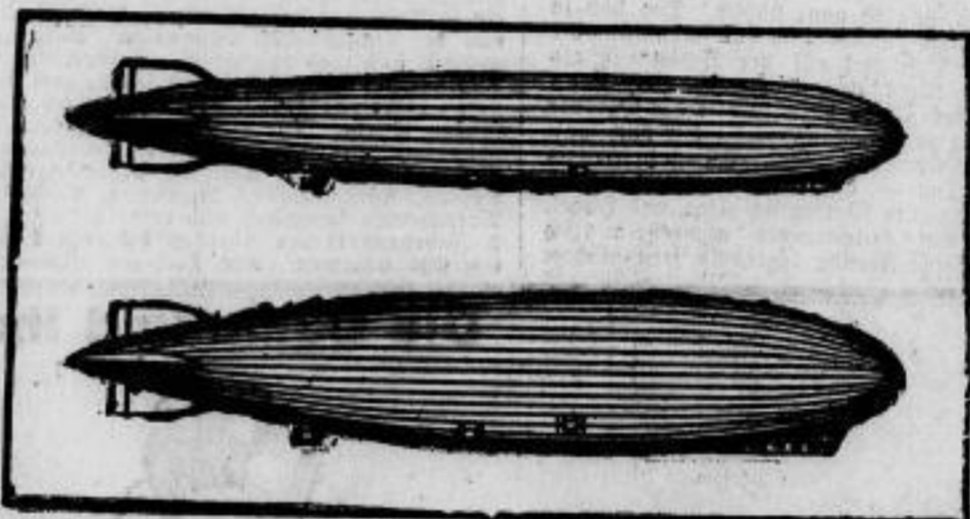
9. Suchst du Kredit außerhalb einer Darlehensgenossenschaft, so betrachte die Darlehensvermittler und Geldgeber stets als Menschen, die an deinem Wohlergehen kein Interesse haben. Sei vorsichtig beim Unterschreiben von Provisionsgeldern.

10. Verbürgst du dich, so bestimme die Summe, für die du bürgen willst, und den Zeitpunkt, bis zu welchem du bürgen willst.

Künstlicher Wintersportwetterdienst der Sächsischen Landeswetterwarte

Vom 4. Februar 1929.

Ostth.: Bedeckt, Schneehöhe 70 Zentimeter, Pulverschnee. Das Sächsisch: Bedeckt, Schneehöhe 45 Zentimeter, gleichmäßig. Westth.: Bedeckt, Schneehöhe 70 Zentimeter, geföhrt. Mittelh.: Bedeckt, Schneehöhe 103 Zentimeter, Pulverschnee. Sühwald: Bedeckt, Schneehöhe 120 Zentimeter, Pulverschnee. Sipsdorf-Bärenfeld: Wolkig, Schneehöhe 65 Zentimeter, Pulverschnee. Sächlerhau: Bedeckt, Schneehöhe 65 Zentimeter, verharzt. Sermbsdorf-Riesefeld: Bedeckt, Schneehöhe 70 Zentimeter, Pulverschnee. Augustaberg: Bedeckt, Schneehöhe 35 Zentimeter, Pulverschnee. Marienberg: Bedeckt, Schneehöhe 55 Zentimeter, gleichmäßig. Annaberg-Bühlberg: Bedeckt, Schneehöhe 80 Zentimeter, verharzt. Oberwiesenthal: Nebel, Schneehöhe 115 Zentimeter, Pulverschnee. Fichtelberg: Nebel, Schneehöhe 127 Zentimeter, Pulverschnee. Johannisberg: Schwere Schneefall, Schneehöhe 110 Zentimeter, Pulverschnee. Sächsische: Wolkig, Schneehöhe 65 Zentimeter, geföhrt. Bad Elber: Wolkig, Schneehöhe 55 Zentimeter, Pulverschnee. Sportmöglichkeiten: Für Ski und Rodel überall sehr gut. Witterungsbedingungen: Anfängl. vereinzelt noch Schneefälle. Wolkig, fälter.



Die Konstruktion des neuen Zepplins

wird zur Zeit in Friedrichshafen entworfen. Im Gegensatz zu dem „Graf Zeppelin“ (oben), der bei einer Länge von 287 Metern einen größten Durchmesser von 30,5 Metern hat, wird das neue Luftschiff (unten) bei etwa gleicher Länge einen größten Durchmesser von 38 Metern erhalten. Infolgedessen wird sein Rauminhalt von 150 000 Kubikmetern

den des „Graf Zeppelin“ um 45 000 Kubikmeter übersteigen. Die Maschinenanlage wird 4000 bis 5000 Pferdekraften leisten gegenüber den 2650 Pferdekraften des „Graf Zeppelin“. Die Rotoren sind, wie in gleicher Zahl beibehalten werden, erhalten Doppelmotoren mit je einem Zug- und einem Druckpropeller.

Mitliches.

In der Straßsacke gegen den Arbeiter Paul Krenke in Nürnberg, Großenbainertstr. 6 ist der Angeklagte durch Urteil des Amtsgerichts Niesla vom 5. Oktober 1928 wegen öffentlicher Verleumdung des Rechtsanwalts Dr. Schulze in Niesla zu einer Geldstrafe von 60 Reichsmark hilfsweise 10 Tage Gefängnis verurteilt worden. No. 74/28 Amtsgericht Niesla, den 5. Februar 1929.

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Gewerbesteuererklärung für das Rechnungsjahr 1929.

Die Steuererklärungen für die Gewerbesteuerberonlagung auf das Rechnungsjahr 1929 sind in der Zeit vom 11. bis 28. Februar 1929 unter Benutzung der vorgeschriebenen Vorbrudr abzugeben und zwar für Gewerbe.

Die ihren Betrieb in der Stadt Niesla haben, beim Geschäftsbereich Niesla und die ihren Betrieb in Landorten des Finanzamtsbezirks Niesla haben

beim Finanzamt Niesla. Vorbrudr können sowohl die Landorten in Frage kommen vom Finanzamt Niesla bezogen werden; sowohl die Stadt Niesla in Frage kommt werden die Vorbrudr in den nächsten Tagen zugefickt

begm. können solche an den städtischen Steuerstellen entnommen werden.

I. Die Verpflichtung zur Abgabe einer Gewerbesteuererklärung besteht für alle diejenigen Betriebe a) deren Ertrag im Durchschnitt der letzten drei Betriebsjahre den Betrag von 8000 RM. übersteigen hat, oder

b) deren Ertrag auf Grundlage des Abschlusses der Bücher zu ermitteln ist, oder

c) deren Unternehmer zur Abgabe einer Steuererklärung besonders aufgefordert worden sind. In den Fällen unter a und b besteht die Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung auch dann, wenn ein Vorbrudr nicht zugefickt worden ist.

Sind mehrere Unternehmer an demselben Gewerbe beteiligt, so genügt es, wenn einer die Gewerbesteuererklärung abgibt.

Für mehrere selbständige Gewerbe desselben Unternehmens sind getrennte Steuererklärungen abzugeben.

II. Für Personen, die unter Ehegattlichkeit oder Vormundschaft oder ähnlicher Gewalt stehen, sind die Gewerbesteuererklärungen von dem Ehegatt, Vormund oder Träger der öffentlichen Gewalt, für juristische Personen und selbständige steuerpflichtige Personenvereinigungen oder Vermögensmassen, sowie für Betriebe und Verwaltungen von Körperschaften des öffentlichen Rechts von deren gesetzlichen Vertretern, Vorständen, oder Geschäftsführern abzugeben. Wer durch Abwesenheit oder sonst verhindert ist, die Gewerbesteuererklärung abzugeben, kann die Erklärung durch Bevollmächtigte abgeben lassen.

Die schriftliche Vollmacht ist der Steuererklärung beizufügen, sofern sie nicht bereits an den Stellen des Finanzamts beim des Stadtbezirks gegeben ist.

III. Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung verstreut, kann durch Geldstrafe zur Abgabe der Steuererklärung anhalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der festgesetzten Steuer auferlegt werden.

IV. Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung der Gewerbesteuer sowie schuldliche Vergehen gegen die Steuererhebung (Steuergehehung) werden bestraft.

Niesla, den 6. Februar 1929. Das Finanzamt Niesla. Der Rat der Stadt Niesla.

Stangen- und Brennholzverküperung

auf Warbacher Stadthofmeister Freitag, den 15. Februar 1929, vorm. 1/10 Uhr im Stadthof zum „Gasthof“ in Niesla. 949 R. Derbäumen, Nl. 1, 2745 Hgl. Nl. 2, 6407 Hgl. Nl. 3, 2987 R. Baumstämme, 2960 R. Reischnungen, Nl. 4, 2425 Hgl. Nl. 5, 4480 Hgl. Nl. 6, 2050 Hgl. Nl. 7, 1690 Hgl. Nl. 8, 693 Hgl. Nl. 9, 730 m - 23,13 m. Durchlochung Ndt. 7, 10, 23, 24, 26, 45, 57, 58, 68, 69, 70, 71. - Von etwa 1 Uhr nachm. an Brennholz 40 m Schlie, Knüppel, Weite, 231 m Brennholz, 242 m Stöße, Rablichlag Ndt. 57. Vorbergr Beschichtigung der Stiller wird empfohlen. Vorname Warbach. Beschäftigte Niesla.

Arthur!

Dein Vater hat eine wunderliche schwarze Biene gefunden, er fahrt nimmermehr zurück.

Tierheile. Vereinfachte freie. In erf. im Zauchl. Niesla. Für jüngere, tunder-lieses Mädchen ist eine

Aushilfsstelle u. 18. Feb. bis Otkern frei. In erf. im Zauchl. Niesla.

Grillen, Reihnen Hausburichen (Kaufst. sucht sofort) Edel Bettner Hof.

Gastfällige und gewalt.

Deutschland aller Art werden bei laublicher u. geschmackvoller Ausführung in kürzester Zeit angefertigt von Langblatt. Drucker Niesla, Gochstr. 60.

Erregungen bei Geschäftsmännern

von
Bücherrevisor Emil Schmidhafer in Dresden-N. 20.

Eine unbestrittene Tatsache ist es, daß in allen Berufs-
kreisen, ob Industrieller, Handeltreibender, Angehöriger
ober Arbeiter, der „Kampf um Dasein“ sich heutzutage
immer mehr und mehr bemerkbar macht! Am härtesten
aber tobt in der Geschäftswelt ein gewaltiger Konkurrenz-
kampf, rücksichtslos wie nie zuvor, und in Anbetracht der
veränderten Wirtschaftslage und komplizierten Steuer-
verhältnisse und Kosten ist die heutige Geschäftslage natür-
lich auch eine sehr schwierige geworden. „Wer steht, steht
zu, daß er nicht fällt!“ Dieses Wort sollte daher ganz be-
sonders zu heutiger Zeit der Geschäftsmann beherzigen, denn
auch der Geschäftsmann, der durch reichliches Kapital, um-
fassende Branchenkenntnisse, Leistungsfähigkeit und Ge-
schäftsgewandtheit auf der Höhe ist, hat jetzt seinen ganzen
Scharfsinn aufzubringen, um die in mancherlei Hinsicht an ihn
heranzutretenden Widerstände und Schwierigkeiten er-
folgreich zu bewältigen und dem Geiste der Zeit Rechnung
zu tragen, damit er nicht unterliegt oder letzten Endes gar
seine Existenz in Frage gestellt wird. Jede Branche hat
mehr oder weniger durch Überproduktion, ungenügende
Arbeits- und Lohnverhältnisse, Schwindel- und Schmutz-
konkurrenzen, erschreckende Steuerlasten usw. zu leiden; an-
dauernde Tiefkonjunktur, Streiks, Preisdrückeren oder
bessere Angebote der Konkurrenz, einige aufeinanderfol-
gende größere Zahlungseinstellungen und Verluste bei der
Rundschau durch irgendwelche Umstände, eine Verschlech-
terung der Geschäftslage und wie alle die Unglücksfälle und
Zusammenstöße eben heißen mögen, können auch die bestun-
derte und bestbelegte Firma zum Scheitern bringen.
Gerät der Geschäftsmann dann in eine schwierige Lage,
so muß er vor allen Dingen seine ganze Energie, Kaltblütig-
keit und Geschäftsgewandtheit erst recht aufbringen, wenn
er sich nicht selbst noch weiteren großen Schaden zufügen
will, vor allem heißt es: „Klaren Blick behalten und sich
hüten vor Überreizung!“

Mancher Geschäftsmann greift dann unüberlegt in sei-
ner Verzweiflung zu den gewagtesten Manipulationen, um
dem Ruin zu entgehen, dies ist aber immer verfehlt, denn
unlautere Machinationen werden über kurz oder lang stets
entdeckt, und die Verhältnisse haben sich dann nur noch ver-
wickelter gestaltet, und alles nimmt ein Ende mit Schreden.
Bei eintretenden Schwierigkeiten lasse man vor allen
Dingen keinen ungesunden Optimismus aufkommen und
hoffe etwa auf Zufälligkeiten, die eine Wendung zum Bes-
seren bringen könnten, oder verlasse sich auf die Hilfsbereit-
willigkeit von Verwandten oder Freunden. Diese er-
wünschten Unterstützungen bleiben in der Regel ganz aus!
Das Stichwort: „Freunde in der Not, geben Hundert
auf ein Wort“ hat immer seine Berechtigung. Selten, daß
sich unter der Freundschaft mal ein „weicher Haß“ befin-
det, der erst freundschaftlich denkt und handelt, bei den
Verwandten ist es ebenso. In meiner Praxis als Bücher-

revisor habe ich gefunden, daß der Vermögensverlust eben
sehr oft darauf zurückzuführen war, daß man bei eintre-
tenden Schwierigkeiten einen solchen ungesunden Optimis-
mus hat aufkommen lassen, der mit seinen Begleiterschei-
nungen — leichtfertige Dispositionen, trügerische Hoff-
nungen, Enttäuschungen und Mutlosigkeit — zuletzt zum
Ruin führte. Mancher sucht dann bei Wein und Bier seine
trüben Stimmungen los zu werden, der Alkohol legt ihm
dabei einen Schleier um die Augen, und bald sind dann
die „Geldverordnungen für Rechtsanwält“ und das „Ge-
richtslosteingef“ die Peinlichen, die ihn raktlos seinem Ver-
derben entgegenreißen; erhe man dann mitunter recht
zum Bewußtsein seiner Lage gekommen ist, steht man schon
vor seiner vernichteten Existenz und dem sich anschließenden
Konkurs. Wenn dann die Geschäftsräume geschlossen sind,
der Gerichtsvollzieher sich tagtäglich mit neuen Gläubigern
einfindet, die Postkassette verhängt ist, und auf den besten
Wohlsinn die Pfandriegel liegen, man erschreckt zusammen-
fährt, wenn die Wohnungsklingel ertönt, weil man schon
wieder eine Unglücksbotschaft erwarten kann, das sind
traurige, unvergessliche Tage, die dann folgen. Nicht nur
die Existenz ist dann vernichtet, auch die familiären und
gesellschaftlichen Verhältnisse sind über Nacht andere ge-
worden.

Der vom Unglück Betroffene steht plötzlich ganz allein
und steht sich vergeblich nach seinen Verwandten, den guten
Freunden und getreuen Ratsberatern um, mit denen er in
guten Tagen sonst ein Herz und eine Seele war, und sieht,
wie alle, mit denen man früher Freud und Leid geteilt hat,
sich nun zurückziehen.

Jetzt kann der vom Unglück Betroffene so recht sehen,
was auf Freundschaft zu geben ist! — Kommt ein Geschäfts-
mann in eine solche schwierige Lage, in augenblickliche Ge-
fährdung seiner Existenz oder Lebensgrundlage usw., so ist selbst-
verständlich die erste Bedingung, den Kopf nicht zu verlieren
und die Situation nach besten Kräften auszunutzen, ein
klares Erfassen der Geschäftslage auf Grund einer geord-
neten Buchführung sei in kritischen Zeiten die Hauptbe-
dingung, und dann werde man sich darüber schlüssig, welche
Schritte einzuschlagen sind. Seltener sind die Schwierig-
keiten so groß, daß sie sich nicht beheben lassen. Sogar eine
allgemeine Zahlungsunfähigkeit an den Schwierigkeiten schuld,
das Geschäft aber und die Branche in sich gesund, findet sich
immer ein Weg, um aus den Kalamitäten herauszukom-
men. Wenn auch schließlich in der letzten Zeit die Bücher-
revisor nicht so ganz vorreist geführt sind, und noch die eine oder
die andere „Dummheit“ gemacht wurde, um die Existenz
zu retten, ein Entgegenkommen ist immer am Platze.

Wie kann man sich nun von den geschäftlichen Ver-
bindlichkeiten befreien? Beste Verhaltensmaßregeln zu geben,
ist natürlich unmöglich, denn jede Sache muß individuell
behandelt werden. Sind die Schwierigkeiten dadurch ent-
standen, daß durch größere Verluste oder unvorhergesehene
Zahlungen das Betriebskapital so geschwächt wurde, daß es
zur Fortführung des Geschäftes nicht mehr ausreicht, ver-
suche man bei seinen Gläubigern, wenn andere Flüssigkeits-
quellen vorliegen, einen entsprechenden Ausfluß zu erlangen,
oder biete ihnen einen angemessenen Akkord an. Diefen

Konkurrenzen, die zu den unangenehmsten und schwierigsten
Vorkommnissen im geschäftlichen Leben gehören, sind die
wenigsten Geschäftsteile geworden. Der ist ein Ver-
trauensmann viel mehr am Platze, der durch eine sachliche
Darstellung das Interesse des Schuldners viel besser ver-
treten kann. Wenn auch die Gläubiger bei Inkonsequen-
zen oder Ausbittungen nicht freudig entgegenkom-
men, sie werden sich nach einer ruhigen Aussprache fast
immer fügen, denn man wartet doch lieber einige Zeit auf
sein Geld oder spricht einen gewissen Prozentsatz von der
Forderung, als daß man alles in Frage stellt, und den aus-
richtigen Schuldner, der sonst bestrebt war, sein Geschäft
einwandfrei zu führen und seinen Verpflichtungen in reel-
ler Weise nachzukommen, unglücklich macht. Wer unter
seinen Freunden und Verwandten keinen vertrauenswür-
digen Geschäftsmann hat, sehe sich unverzüglich mit einem
erfahrenen „Bücherrevisor“ in Verbindung, der durch man-
nigfache Erfahrungen auf kaufmännischen Gebieten in der
Lage ist, hier mit Rat und Tat beizustehen.

Dies kann je nach der Einlage erfolgen durch Erhöhung
des Betriebskapitals bei stiller oder tätiger Beteiligung,
durch Aufnahme eines oder mehrerer Kapitalisten, durch
Umwandlung des Unternehmens in eine offene Handel-
gesellschaft, Kommanditgesellschaft, stille Gesellschaft, Aktien-
gesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien oder in Gesell-
schaft mit beschränkter Haftung oder in eine Genossenschaft,
je nach Art, Umfang u. Rentabilität des Geschäftes. Die
sachgemäße Ausarbeitung eines Exposés ist bei solchen
Umwandlungen notwendig das erste Erfordernis und hängt
von der richtigen Abfassung des Beschlusses in vielen Fällen
allein der Erfolg ab! Ist die Möglichkeit einer derartigen
Umwandlung nicht gegeben, dann dürften die Schwierig-
keiten vielleicht schon durch einen außergerichtlichen Ver-
gleich behoben werden können; hat man aber im voraus
mit rücksichtslosen Gläubigern zu tun, die absofut keine
Rachschicht über wollen, dann ist die Abwendung eines „ge-
richtlichen Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Kon-
kurses“ zu empfehlen, wenn damit der Nachweis erbracht
werden kann, daß die Zahlungsunfähigkeit oder Über-
schuldung behoben und der Konkurs durch einen von den
Gläubigern genehmigten Vergleich abgemindert werden
kann. Der Antrag auf Eröffnung eines solchen Vergleichs-
verfahrens muß deshalb auch schon bei seiner Einreichung
an das Amtsgericht einen bestimmten Vergleichsvorschlag
enthalten, sowie ergeben, ob und wie die Erfüllung des
Vergleichs sichergestellt wird; die schriftliche Mehrheit der
an dem Verfahren beteiligten Gläubiger, die zugleich mehr
als die Hälfte der Gesamtsumme der von dem Vergleich
betroffenen Forderungen darstellen müssen, daß sie mit der
Eröffnung eines Vergleichsverfahrens einverstanden sind,
ist hierbei ebenfalls erforderlich.

Verdient der Schuldner ein gewisses Entgegenkommen
und wird ein Vergleich angeboten, der im richtigen Ver-
hältnis zu der vorhandenen Aktiva steht und wenn er auch
nur die erforderliche Mindestvergleichshöhe von 20 Pro-
zent bietet, wird jeder Gläubiger zugreifen, denn mei-
st einige Erfahrungen in Konkursachen hat, wird beizutreten
müssen, daß sich die Gläubiger bei Annahme eines Ver-

Der Totentanz.

Roman von Harry Schell.

Krönerverlagsgesellschaft 1928 durch Verlag Oal. Meister, Werdau.
15. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Es war nicht das erste Mal, daß die frühere Ballettängerin
im neuen Gerichtsgebäude zu tun hatte. Doktor Niemer-
scheid hatte sie schon ihrer kleinen Buchergeschäfte wegen
früher in seiner Zange gehabt, aber immer noch war sie ihm
entschlüpft. Sie fand sich daher ohne Schwierigkeiten auf
den Treppentritten und Korridoren des umfangreichen Ge-
bäudes zurecht und pochte mit sanftem Augenaufschlag an
die Tür des Zimmers Nummer zwölf.

Die Eintretende erschrak nicht wenig, als sie neben Doktor
Niemerscheid am Schreibtisch einen zweiten, ihr wohlbestann-
ten Herrn sitzen sah, den ersten Staatsanwalt, Doktor von
Rangold hämlich. Die Knie zitterten der Frau beim An-
blick des Chefs der Staatsanwaltschaft.

„Na, wenn der meinetwegen hier ist!“ sagte sie sich, „dann
lasse mich Gott. Dann steht die Sache meines Märchens ver-
dammt schlecht.“

Doktor Niemerscheid deutete mit schlüßiger Bewegung auf
einen Sessel. „Setzen Sie sich. Ich habe Sie herbestellt, damit
Sie uns in einer Angelegenheit Auskunft geben, welche
direkt oder indirekt mit der Untersuchung der Ermordung
des Hoffaumpiers Satander zusammenhängt.“

Die Souffleuse spitzte die Ohren. — Ja, was war denn
das? Also nicht um ihr Märchen und seine Beschlei-
gung handelte es sich diesmal, sondern um den Fall Sa-
tander? Da hatte sie sich so ins Bockshorn jagen lassen und
ihren lieben Jungen ganz grundlos auf den Weg nach Ame-
rika gebracht.

Aber woher und freier wurde ihr doch nicht zumute als
sie hörte, daß ihr heutiger Besuch beim Untersuchungsrichter
dem Fall Satander gälte. Jedenfalls beschloß sie, demüthig
auf ihrer Haut zu sein und sich nicht ihr Geheimnis entziehen
zu lassen.

„Ich glaube, Herr Kollege,“ wandte sich Doktor Niemer-
scheid an den ersten Staatsanwalt. „Sie wünschen das Ver-
hör mit der Zeugin selbst zu führen — ist das?“

„Sie würden mich in der Tat sehr verbinden, wenn Sie
mir erlauben, einige Worte an die Frau zu richten.“ Dann
kennnte er sein Monotel ins Auge und blühterte ein paar
Minuten lang in einem vor ihm liegenden dicken Akti-
tenstück.

„Ganz recht, hier haben wir es ja. — Sie sind im Fall
Satander schon einmal vom Herrn Untersuchungsrichter ver-
nommen worden, Frau Glimmer. Sie haben damals aus-
gesagt, daß Sie vom Souffleurkasten aus, in welchem Sie sich
zur Zeit des Verbrechens befanden, nichts gesehen haben
hatten Sie die Aussage aufrecht?“

„Das versteht sich, Herr Oberstaatsanwalt, was ich da
mals zu Protokoll gegeben habe, das ist wahr und richtig!
Wie es hochdunkel aus der Bühne wurde, da habe ich mich
schnell aus dem Kasten davongemacht. Ich mußte da
glauben, daß hinter den Kulissen ein Brand ausgebro-
chen sei und daß lebendiges Gebeuge zu verbrennen, nein, da
hatte ich keine Lust. Das werden Sie mir auch gewiß ni-
verübeln können, Herr Oberstaatsanwalt.“

„Sie haben also auch heute noch keine Meinung, wer der
Mörder Satanders war?“

„Keine Meinung, ebensowenig wie — die hohe Behörde.“
Rangold ging über die unverdächtige Anspielung glatt
hinweg.

„Wenn man Ihnen also zum Beispiel eine große Beob-
achtung versprache — Sie würden und könnten der Behörde
bei der Aufklärung des Falles nicht behilflich sein?“

„Ich? Meinen Sie wirklich mich, Herr Oberstaatsanwalt?
Ich weiß eben nur, daß der arme Herr Satander tot ist,
aber wer ihn umgebracht hat — meine Herren, das ist auch
mir ein siebenmal verflægtes Geheimnis.“

„Sagen Sie mal, Frau Glimmer?“ fragte Rangold nach
einer kleinen Pause, „haben Sie gestern nicht dem Fräulein
Wilma Hellborn einen Besuch abgestattet?“

Die Frage traf sie wie eine wohlgezielte Kugel. Für einen
Augenblick verlor die Souffleuse die Selbstgegenwart. Es
war gut für sie, daß sie heute die Schminke besonders dick
aufgelegt hatte, sonst wäre ihr Erblößen den beiden Be-
wornen sicher aufgefallen. Jetzt wußte sie, worauf dieses
Verhör abzielte.

Sie witterte die größte Gefahr, aber schnell gefasht, be-
schloß sie, ihr kaldbütig zu begegnen.

„Wie meinen Herr Oberstaatsanwalt? Ob ich dem Fräu-
lein Hellborn gestern einen Besuch abgestattet habe? Ja-
wohl, das habe ich. Oder ist es etwa polizeilich verboten,
das arme Fräulein zu besuchen, weil sie unter dem gewissen
Verdacht steht? Ja, mein verehrter Herr Oberstaatsanwalt,
da sollten Sie doch einen Polizisten vor das Haus stellen,
der jedem, der es mit dem armen Fräulein gut meint und es
trösten will, zuruft: Eintritt verboten!“

„Ich verdachte auf Ihre guten Ratschläge,“ rief Rangold
gereizt, „bleiben Sie mir hüßlich bei der Sache, Frau Glim-
mer, sie wird Sie noch interessieren.“

„Ich sollte überhaupt meinen, Frau Glimmer,“ nahm
nun der Untersuchungsrichter Doktor Niemerscheid das
Wort, „daß Sie gar keine Veranlassung haben, hier das
große Wort zu führen. Sie wissen ja, daß wir Ihre kleinen
Redensarten sehr gut kennen, und daß Sie es eigentlich
mit unserer Rücksicht zu danken haben, daß wir bisher Sie
mit Gleichgültigkeit angesehen. Wenn Sie also nicht wol-
len, daß sich dieses rücksichtslose Verhältnis — Doktor
Niemerscheid lächelte ironisch — „gründlich ändert, so bleiben
Sie bei dem, was der Oberstaatsanwalt nun fragen wird,
krenge bei der Wahrheit.“

„Er will mich einschüchtern,“ dachte die Souffleuse, „die
Augen Herren sollen aber beide kein Glüd haben.“

„Können Sie sich wohl noch bestimmen, Frau Glimmer,“
rief Doktor Rangold in seinem Verhör fort, „was Sie
während Ihres Besuches mit Fräulein Hellborn gesprochen
haben?“

„Warum denn nicht, ich habe ja, Gott sei Dank, ein gutes
Gedächtnis. Bleibe Gott, wir haben über Verchiedenes ge-
plaudert. Auch über den langamen Gang der Unter-
suchung und — das soll keine Beleidigung für Sie sein,
meine Herren, Gott behüte, wie würde ich mir so etwas er-
lauben — über die Kaltblütigkeit der Polizei im Falle Sa-
tander haben wir gesprochen. Und da habe ich mir sogar
die Bemerkung erlaubt: Wenn mir hunderte Tausend Mark
zur Verfügung gestellt würden, da sollte es nicht lange
dauern und der Täter läße hinter Schloß und Riegel.“

„Der nicht über dreihundert,“ lächelte der Staatsanwalt, „nur
werde ich mir erlauben, Ihnen einen Zeugen gegenüberzu-
stellen, der Ihre, Fräulein Hellborn gegenüber gemachte
Bemerkung Ihnen doch ein wenig anders wiederholen wird,
haben Sie die Güte einzutreten, Herr Doktor.“

Auf diese mit lauter Stimme gerufenen Worte Rangolds
öffnete sich eine Seitentür und ein bärtiger Hüner trat ein.
„Jesus, der Herr Doktor Bernide,“ rief die Souffleuse,
schonbar f-hr erriet, dem einflußreichsten Journalisten der
Stadt hier zu begegnen. „Das ist aber einmal schön, Herr
Doktor, daß man sich wiederseht. Ich hatte so lange nicht
das Vergnügen.“

„Das Vergnügen ist nur auf Ihrer Seite,“ knurrte Bernide,
„im übrigen nur Eade.“

„Bitte, nehmen Sie Platz, Herr Doktor Bernide,“ rief
Rangold und bot dem Journalisten einen Sessel an seiner
Seite an. „Es ist Ihnen bekannt, weshalb wir Sie hierher
beruht haben. Sie haben das Gespräch der Frau Glimmer
mit Fräulein Hellborn angehört, nicht wahr?“

„Wort für Wort. Allerdings befand ich mich im Neben-
zimmer, das aber nur durch einen Vorhang von dem Ge-
mach getrennt ist, in welchem die Unterredung stattfand.“

„Wollen Sie nicht die Güte haben, uns das Haupt-
stück dieser Unterredung, das nämlich, was uns interessen-
ren könnte, mitzuteilen?“

Bevor der alte Journalist wieder das Wort ergreifen
konnte, sprang die Glimmer, hochrot im Gesicht, auf. Sie
glick in diesem Augenblick einem alten, schwer getragenen
Truhmann.

„Also gelauscht haben Sie, Doktor Bernide,“ sprudelte sie
giffig hervor. „Lauter an der Wand, hört seine eigene
Schand“, pflegt man gewöhnlich zu sagen. Aber anständige
Leute, wie ich, hängen ihrem lieben Nächsten nichts an. Und
das werden Sie mir bezeugen müssen, daß ich dem armen
Fräulein Hellborn gegenüber nur meine Teilnahme äußerte
und daß ich —“

„Sagen Sie sich nieder und versuchen Sie nicht, dem
Zeugen etwas in die Ohren zu raunen.“

„Aber das ist ja Ihr Beruf, Herr Staatsanwalt,“ brummte
Bernide. „Wir haben Sie wahrhaftig nicht nötig zu souff-
lieren, Frau Glimmer, mein Gedächtnis scheint noch besser
zu sein, als das Ihrige, und ich werde Ihnen daher jetzt fast
wörtlich sagen, welchen Antrag Sie Fräulein Hellborn
machten: Sie behaupteten, einen Mann zu kennen, der
jederzeit durch Beweise, welche er in Händen halte, der Be-
hörde den Mörder Ludwig Satanders so zu bezeichnen im-
möglich wäre, daß der Täter glatt zu überführen sei. Dieser
große Unbekannte aber, der Mann mit den Beweisen näm-
lich, verlange für seine Wahrheitsliebe hunderttausend Mark
und nicht einen Pfennig weniger würde er sich für die Aus-
lieferung seiner Beweise zahlen lassen.“

„Ist das richtig, Frau Glimmer, haben Sie dieses wic-
tige Anerbieten Fräulein Hellborn gemacht?“

Die Glimmer ließ ihren Bompador ein paar mal im
Kreise herumtanzen. Dann rief sie mit einem Seufzer des
Bedauerns: „Mein armer Liebhaber Wilma, jetzt wird dir
nicht mehr zu hfen sein. Und ich habe es so gut gemeint.“

„Welchen Sie nicht aus —,“ die Stimme Rangolds klang
plötzlich sehr staatsanwaltschaftlich, „von Ihrer Komödie
lassen wir uns nicht täuschen. Sie haben jetzt klipp und klar
zu antworten, ob Sie Fräulein Hellborn ein derartiges An-
erbieten gemacht haben. Ich bemerke Ihnen aber gleichzei-
tig, daß auch Fräulein Hellborn die Aussage des Herrn
Doktor Bernide vollinhaltlich bestätigt hat.“

„Wenn zwei so liebe, hochachtbare Menschen, wie Doktor
Bernide und meine lähe Wilma —“

„Donnerwetter, hören Sie mit Ihrer süßen Wilma auf,“
schmetterte Bernide.

Aber auch diese verweisende Erklärung konnte das
freundliche Lächeln aus den Zügen der Glimmer nicht
bannen.

„Sie sind ein beneidenswerter Mensch, Doktor Bernide.
Sie haben sich das Temperament der Jugend bewahrt. So
waren Sie immer — eine Kraftnatur.“

Der alte Journalist schlenderte seinen Schlapphut während
auf den Schreibtisch. „Entschuldigen Sie, meine Herren,
aber ich kann nicht an mich halten, fut das Frauenzimmer
da nicht, als hätten sie und ich in früheren Jahren jeden
Abend zusammen soupiert. Aus dem Wege bin ich ihr im-
mer gegangen, der — der — der Fußspitzenhopperin.“

„Fußspitzenhopperin!“ lachte die Glimmer in ihrer Angst
verlungerten Rührwürde oetp!... „Fußspitzenhopperin

Vor einem Vierteljahrhundert brach der russisch-japanische Krieg aus mit dem Angriff der japanischen Flotte am 2. und 3. Februar 1904 auf das äußerste russische Bollwerk im Osten, die Festung Port Arthur.



General Giffel, der Verteidiger von Port Arthur.



Die feindlichen Flotten (links die russische, rechts die japanische) vor der Festung, nach einer japanischen — für unsere Begriffe etwas nativen — Darstellung.



General Rogni, der Eroberer von Port Arthur.

Verkauf Unterwelt vor Gericht.

Am 4. Februar begann vor dem Schöffengericht Berlin-Witzke der Prozess gegen die Mitglieder des Verbrecher-

eins „Immerlein“, die vor einigen Wochen den Heberl auf die Zunft der Zimmerleute ausgeführt hatten.



Zeugen zur Verhandlung.



„Immerlein“-Typen



Bilder von links nach rechts.

Professor Knappertsbusch zurückgetreten. Der bayerische Generalmusikdirektor und Staatsoperndirektor Professor Hans Knappertsbusch hat seinen Rücktritt von der künstlerischen Leitung der Musikalischen Akademie erklärt.

Der Oberbürgermeister von Waldenburg (Schlesien) Dr. Wiesner, wurde wegen der durch ihn getätigten unglücklichen Finanzgeschäfte der Stadt vom Amte suspendiert.

Hilbert Patz wurde zum Schauspieldirektor der Berliner Staatstheater ernannt.



Die Weltmeisterschaft im Ruszkau, die am 2. Februar in Budapest zum Austrag kam, ergab im Paarlauf den Sieg des Wiener Paares Scholz-Kaiser (links), im Damenlauf den der 16jährigen Norwegerin Sonja Gentle (rechts), die damit zum drittenmal Weltmeisterin wurde. (Kombiniertes Bild.)



Der deutsche Skimeister für 1923 wurde bei den in Klingenthal ausgetragenen Wettbewerben, die mit den Sprungläufen am 8. Februar ihren Abschluß fanden, Gustav Müller (Dorfsch-Jell). — Wir zeigen den neuen deutschen Meister bei seinem Klingenthaler Stegesprung. In der Ecke sein Porträt.

10. Sächsischer Behördenangehörigen-Tag.

Die G.D.N.-Fachgruppe Sachsen der Angehörigen der Behörden und öffentlich-rechtlichen Betrieben hielt am 2. und 3. Februar in Plauen ihre 10. sächsische Behördenangehörigen-Tagung ab. In der öffentlichen Rundsendung sprach der Reichsfachgruppenleiter Otto Schimpf, Berlin, über das Thema:

„Unter Kampf um die Festigung des Verhältnisses Behördenangehörigen.“

Die klaren Ausführungen fanden einstimmige Zustimmung bei den zahlreich erschienenen Delegierten aus allen Orten des Reichsaates Sachsen. Die Ausführungen fanden ihren Niederschlag in nachfolgender Entschließung:

Die anlässlich des 10. Sächsischen Behördenangehörigen-Tages in Plauen aus allen Teilen Sachsens zahlreich erschienenen Delegierten und Teilnehmer stimmen den Ausführungen des Reichsfachgruppenleiters Otto Schimpf, Berlin, vollinhaltlich zu. Der 10. Sächsische Behördenangehörigen-Tag verlangt, dass den Behördenangehörigen die ihnen zustehende Beachtung neben der Beamtenchaft anerkannt wird. Sie fordern im Sinne der Weimarer Verfassung ein einheitliches Arbeitsrecht für alle Angehörigen und Befestigung des Unrechts, das heute den Behördenangehörigen in arbeitsrechtlicher und sozialpolitischer Hinsicht noch zuteil wird. Die sächsischen Behördenangehörigen verlangen einen Ausgleich gegenüber der Sonderrechte der Beamenschaft. Dieser Ausgleich muss seinen Ausdruck finden in der Ausgestaltung der Alters- und Hinterbliebenenversorgung sowohl als auch in der Höherbewertung der Arbeit. Weitergehender Schutz der älteren und langjährig beschäftigten Angehörigen ist ebenfalls eine dringende Notwendigkeit. Die baldige Durchführung einer Verwaltungsreform hält der 10. Sächsische Behördenangehörigen-Tag im Interesse des Volksganzen für unbedingt erforderlich. Die sächsischen Angehörigen wehren sich aber mit aller Entschiedenheit gegen Bestrebungen, die darauf hinstreben, lediglich einen Abbau der Behördenangehörigen vorzunehmen. Die sächsischen Behördenangehörigen erwarten, dass zu allen Kommissionen der Verwaltungsreform, die sich mit der Durchführung der Verwaltungsreform beschäftigen, neben den bereits vertretenen Beamten auch Behördenangehörige gleichberechtigt hinzugezogen werden.

In der internen Tagung wurden durch Fachreferenten die Fragen der Reichsangehörigen, der sächsischen Staatsangehörigen, der Fortangehörigen, der Angehörigen in der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie der Gemeindeangehörigen behandelt. Auch hier konnte eine einmütige Stellungnahme sämtlicher Erschienenen festgestellt werden.

Aus dem Geschäftsbericht des Sachgruppenleiters Carl Brand, Leipzig, ist besonders zu erwähnen, dass der Gemerkschaftsbund der Angehörigen (G.D.N.) bei allen maßgebenden Gremien und Bezirksverbänden die Mehrheit aller Angehörigenstimmen auf seine Vorschlagsliste vermerken konnte. — Mit einem „Widau“ für die Zukunft schloß der Vorsitzende, Herr Otto Wenzel, Leipzig, die bedeutsame Tagung.

Der „Immer-treu“-Prozess.

dda. Berlin. In der Dienstaus-Verhandlung des „Immer-treu“-Prozesses bekundete Polizeihauptmann Hoffmann, daß nach der Schlägerei die Leute alle gesagt hätten, sie wollten mit der Polizei nichts zu tun haben. Im verhandelten seien die Zimmerleute gewesen, die übrigens nicht in einem schlechten Ruf ständen. Allerdings seien sie nicht die Besten, wenn sie betrunken seien. Der Zeuge hatte den Eindruck, daß es sich lediglich um eine aus dem Augenblick heraus entstandene Schlägerei gehandelt habe.

Der Zeuge Zimmermann wurde in ein besonders lebhaftes Kreuzverhör genommen, da er bisher der einzige Zeuge ist, der einige der Angeklagten belastet. Unter anderem sagte er, daß der Angeklagte Leib mit einer Eisenklinge auf die Zimmerleute losgegangen habe. Er selber bestritt, Schlagwerkzeuge oder Waffen benutzt zu haben, er habe sich nur auf der Straße seiner Haut gewehrt.

Weiter bestritt der Zeuge, daß er selbst wie ein Wilder um sich geschlagen und der Altgefelle Ulmer verprügelt habe, ihn zu beruhigen. Dieser sei gar nicht draußen gewesen. Eine Verabredung unter den Zimmerleuten über ihre Aussagen oder eine Vereinbarung zwischen den beiden Parteien sei nicht getroffen worden.

Der Vorsitzende hielt dem Zeugen hierauf einen bei den Akten befindlichen Zettel vor, worin der erste Vorsitzende des „Immer-treu“ bezeugt, daß von jener Seite alle Feindseligkeiten eingeleitet seien.

Darauf schilderte der Zeuge seine Verhandlungen mit dem Verein „Immer-treu“. Während der Vernehmung des Zeugen sprang der Angeklagte Leib erneut auf und erklärte, daß Benz in allen Punkten gelogen habe.

Der Zeuge vernahm Ulmer behauptete, es habe Benz bei der Schlägerei gar nicht gegeben. Wleber sprang hier der Angeklagte Leib erneut auf und erklärte: „Die Zimmerleute sagen was sie wollen, und was sie nicht wollen, verschweigen sie.“

Einer Frage des H.-A. Alberg gegenüber, erklärte Zeuge Ulmer, daß seine parole abgegeben sei. Der Zeuge Ulmer bestritt auch, beruhigend auf Benz eingewirkt zu haben. Die Verhandlungen mit dem Verein „Immer-treu“ tenne er gar nicht. Auf Vorhaltungen des H.-A. Frey gab der Zeuge schließlich zu, daß die Zimmerleute vielleicht mit ihrem Handwerkszeug, auch mit Werten bewaffnet gewesen seien.

Der Gastwirt Raugus, dem das Kunststück der Zimmerleute gehört, sagte aus, zunächst seien etwa acht Personen, zum Teil mit Spindeln, ganz harmlos in das Lokal gekommen, aus dem nach einiger Zeit der Zimmermann Schulnie herausgeholt wurde. Einer der Herren holte etwas aus der Tasche und schlug damit Schulnie vor den Kopf. Darauf krumten die Zimmerleute nach, und es entwickelte sich draußen die Schlägerei. — Auch dieser Zeuge wurde in ein lebhaftes Kreuzverhör genommen. Er erklärte übrigens, daß er keinen der Angeklagten wieder erkenne. Seinen Schaden habe er von keiner Seite erlitten bekommen.

Kriminalkommissar Dr. Bernsdorf, der die Ermittlungen geleitet hat, bemerkte, daß man von seinem Zeugen präzise Aussagen erhalten habe. Vor allem hielten die Widersprüche immer wieder zurück. — Der Zeuge sprach von einer Vertrauensperson, die ihm gleich nach dem Verfall 17 Mitglieder des Vereins „Immer-treu“ als befragt an der Schlägerei vertraulich mitgeteilt habe, darunter auch die Angeklagten. Ueber diese Vertrauensperson entspann sich dann eine heftige Auseinandersetzung zwischen dem Zeugen und den Verteidigern. Schließlich stellte sich heraus, daß es sich um eine Frau handelte und der Kommissar wurde ersucht, beim Polizeipräsidenten die Erlaubnis zur Nennung ihres Namens einzuholen.

Immerwährend

werden Neubestellungen auf das „Nieder Tagblatt“ von allen Zeitungsdruckern und zur Vermittlung an viele von der Tagblatt-Gesellschaft. Weststraße 19. entgegenzunehmen.

Gerihtshaal.

Ein Hundesverwalter wie er nicht sein soll.

Der Kuchelst Theaterbergmann, zur Zeit in Northberg anwesend, war von Anfang 1924 bis Mitte Oktober 1927 von der Majordamensfrau Käthe Benz zum Verwalter von deren in Dresden-Kuhsehl, Heinrichstraße 2, gelegenen Grundstück bestellt. In dieser Eigenschaft hat er während der vorerwähnten Zeit an Mietzinsen 26 197 Mark vereinbart, und davon Beträge in Höhe von mindestens 19 000 Mark für sich verwendet. Er mußte sich deshalb am Dienstag wegen Untreue und Unterschlagung vor dem gemeinsamen Schöffengericht Dresden verantworten. Der Angeklagte, der früher als ein sehr tüchtiger Architekt gegolten, will durch Verheiratung ganz unglücklich geworden sein. Eigen Ende 1926 sei er sogar einmal auf Anweisung seiner Frau von mehreren jungen Leuten überfallen und mißhandelt worden. Wegen der Mißbilligkeit und späteren Scheidung trank Bergmann immer größere Mengen Alkohol. Zuletzt soll er täglich eine Flasche Cognac genossen haben. Unter diesen Einwirkungen seien die Verfehlungen begangen worden. Der Angeklagte bezeichnete die von Dr. Fleißner erstattete Summe als reichlich hoch. Seiner Meinung nach könnten es höchstens 4 bis 5000 Mark gewesen sein. Was er veruntreut, sei zum Teil zur Durchführung des Ehevertrages verbraucht worden, zumal ihm Frau Major Benz ihre Unterstützung zugesagt habe. Generaloberst Dr. Hennede führte als drallicher Umstand aus, daß der Beschuldigte für die Zeit von ungefähr Sommer 1927 ab wegen seiner Trunksucht und der dadurch hervorgerufenen geistigen Zerrüttung nicht verantwortlich gemacht werden könne. Für den Zeitraum von etwa Herbst 1926 an behauptete wohl Zweifel, doch könne insoweit ein Strafschließungsgrund nicht festgestellt, wohl aber eine milde Beurteilung zugebilligt werden. Bei dieser Sachlage beantragte Staatsanwalt Gausler für die Verfehlungen begangenen in den Jahren 1924 bis 1926 eine sechsmonatige Gefängnisstrafe wegen Untreue und Unterschlagung. Rechtsanwalt Dr. Kreuzberg plädierte für milde Beurteilung und Substanz einer Bewährungsfrist und begründete dies in längeren Ausführungen. Das Gericht verurteilte Bergmann in Anbetracht der vorerwähnten und auch vorhandenen Milderungsgründe im Sinne der erbotenen Auflage zu zwei Monaten Gefängnis und billigte ihm auch eine dreijährige Bewährungsfrist zu. (R-2.)

Vermischtes.

Backeis auf der Donau. Die drei Eißhöfe, die in der niederbayerischen Donauregion bei Sandbach und an der Harmühnung bei Deegendorf und oberhalb der Deegendorfer Strahlenbrücke sich gebildet haben, sind nunmehr zu einer durchgehenden Backeisstraße bis Regensburg zusammengeschlossen und haben zusammen eine Ausdehnung von rund 143 Kilometer. Die Stärke des Backeises beträgt bis zu 1,20 Meter. Gleichzeitig hat sich oberhalb Rastheim an der Langen Wand ein Eißstich angefüllt, der sich bereits bis halbwegs Ingolstadt-Regensburg auf eine Länge von rund 50 Kilometer erstreckt. Auch bei der Steinernen Brücke in Regensburg hat sich die Donau geschlossen.

Der Labiauer Mörder entbedt? Der seit dem 17. November 1928 in Untersuchungshaft befindliche Schwerverbrecher Otto Kanter, der in der Vernehmung bisher mehr als 130 Straftaten, bestehend aus Diebstahl und Raub, eingestanden hat, bat in den letzten Tagen angegeben, auch die Mordtat auf dem Bahnhof Taviau, den Mord an dem Landjäger Kuffertow bei Gutenfeld in der Nähe von Königshausen und die Raubüberfälle bei Grenz verübt zu haben. Obwohl die Tatumsände es möglich erscheinen lassen, daß Kanter der Mörder von Taviau ist, wird dieses Geständnis an amtlicher Stelle bis zur endgültigen Klärung des Sachverhalts jedoch mit Vorsicht aufgenommen, zumal da Kanter bisher keine Einzelheiten über die Ausführung eingestanden hat.

Selbstmord eines Deutschen in Antwerpen. Der 28jährige deutsche Staatsangehörige Hermann Gurter hat sich im dortigen Gefängnis erhängt.

Die Eißbrecherarbeit auf der Oberelbe eingestellt. Das Strombauamt in Harburg meldet: Die eis knallenden Eißbrecher haben die Arbeit auf der Oberelbe eingestellt. Fünf Eißbrecher sind damit beschäftigt, das Fahrwasser zwischen Harburg und Altona offenzuhalten.

Todesfall und Erkrankung auf einem deutschen Dampfer. Nach einer Desinfektion des deutschen Schiffes Deise Rüdern wurde der Schiffskammermann John Wobbe aus Hamburg erkrankt und der Quartiermeister Albert Holt aus Hamburg mit Erkrankungserscheinungen aufgefunden. Holt wurde in ein Krankenhaus gebracht.

Opfer der Kälte in Ober-Sachsen. Infolge des starken Frostes sind seit Sonnabend in Ober-Sachsen insgesamt acht Personen erstarben.

Ein gewichtiges Urteil. Die eine Berliner Korrespondenz meldet, ist die schriftliche Ausfertigung des im April vorigen Jahres nach fünfvierteljährlicher Verhandlung gefällten Urteils im Darmat-Prozess nahezu vollendet. Die mit seiner Abfassung betrauten Richter, Landgerichtsdirektor Reumann und Landgerichtsrat Rosenmann waren dem Vernehmen nach zu Weihnachten auf Seite 400 angelangt, so daß Aktienstück kaum allzu sehr hinter der zweibändigen Angeklagtenliste zurückbleiben wird. Es wird ebenfalls in gedruckter Form den Beteiligten übermittelt werden, und zwar nur denen, die Rechtsmittel eingelegt haben.

Austausch von Wölfen in Ober-Sachsen. Aus den Kreisen Wolf und Röhrl kommen Meldungen über das Austauschen von Wölfen. So wurde bei der Anbaufanggrube ein Studel von acht Wölfen gefischt. Volksgeliebte gelang es, zwei der Tiere zu töten. Im Leichenkasten sollen die Wölfe bereits eine Plage geworden sein. In den polnischen Morgenblättern wird heute berichtet, daß in Bablonka eine Bauerfrau und ein zehn-jähriger Schulknabe von Wölfen zerissen worden seien.

Schiffsunglück im Kanal. Der Frachtdampfer „Manchester-Commerce“ ist im Kanal in der Nähe des Ebbstone-Leuchtturms mit einem unbekanntem Fahrzeug zusammengestoßen, das, wie befürchtet wird, mit der Besatzung gesunken ist.

Ein Bierbe verbrannt. Kurz nach 3 Uhr morgens brach am Dienstag in den Stallungen einer Fuhrkammer in Königsberg Feuer aus. Von den 13 dort untergebrachten Pferden waren bereits 11 erstickt, als die Feuerwehr eintraf. Die Entstehungsurache des Feuers konnte nicht genau festgestellt werden. Man nimmt an, daß der Brand durch einen eisernen Ofen, der in einem Stall aufgestellt war, entstanden ist.

Ein D-Jug fährt in eine Schafherde. Sonntag abend fuhr der planmäßige D-Jug unweit der Station Dornberg-Groß-Berau in eine Schafherde von 120 Tieren, wobei mehr als die Hälfte getötet wurden. Der Zug mußte außerplanmäßig in Dornberg halten, damit das Räderwerk von den Tierleibern befreit werden konnte. Die Schafherde war zur Zeit des Unfalls ohne Aufsicht, da der Schäfer im Gafhof saß.

Strenge Kälte in der Sowjetunion. In Moskau fiel gestern das Thermometer auf 37 Grad Kälte.

Der Straßenbahnverkehr wurde nur mit Mühe aufrechterhalten werden. In Berlin herrschten 40 Grad Kälte. Nach einer Meldung aus der Tschechoslowakei waren in Wambatz 37 Grad Kälte zu verzeichnen.

Wiederholungs der Verlebens im Röhren. — Die Ansammlung von 50 Güterzügen. Infolge Nachlassens des strengen Frostes hat sich in allen Gebieten der Republik eine Besserung des Eisenbahnverkehrs ergeben. Die Verspätungen der Züge, die vor einigen Tagen noch Stunden betrug, sind auf Minuten herabgemindert. Der Verkehr von Röhren-Orean nach Leberitz wurde wieder aufgenommen. Heute wird es möglich sein, auch die polnischen Frachten abzufertigen, so daß der Kohlentransport ins Ausland wieder normal sein wird. Die im Abschnitt Frecon-Berowitz festliegenden fünfzig Güterzüge, die ausschließlich für Deutschland bestimmt sind, werden in den nächsten Tagen abgefertigt werden.

Zwei Kinder auf dem Treibis des Rheins abgetrieben. Ein tragisches Unglück ereignete sich in den letzten Nachmittagsstunden am Ufer des Rheins in der Nähe der Rheinbrücke. Dort vergnügten sich zwei Kinder auf Rheinschiffen auf dem beschlagenen Röhren, von dem plötzlich eine Scholle abbrach, in die Mitte des Stroms trieb und beide Kinder talwärts entführte. Passanten vernahmen die Röhren, vermochten jedoch keine Hilfe zu bringen, da ein Befahren des Stroms infolge des starken Treibises fast unmöglich war. Die Strompolizei und andere Polizeibeamte bemühten sich gleichfalls um die beiden Kinder. Wie die Rheinbaufener Polizeiverwaltung mitteilt, haben sich die beiden 13 und 17 Jahre alten Oberrealschüler aus Rheinhausen selbst gerettet, indem sie sich an dem Drahtseil eines in der Nähe vor Anker liegenden Schiffes am Ufer sogen. Ungefähr eine Stunde waren sie auf der Eischolle umhergetrieben.

Schweres Explosionsunglück bei einer Prozession. Die „Sopolo di Roma“ berichtet, erzeigte sich gestern in Catania bei einer großen Prozession, die zu Ehren der heiligen Agathe, der Schutzpatronin der Stadt, abgehalten wurde, und bei der, wie gewöhnlich, Böllerschüsse abgegeben wurden, ein folgenschweres Unglück. Nach den ersten Böllerschüssen sprang ein Funke in eine noch volle Kiste mit Munition und brachte sie zur Explosion. Die ungewöhnlich heftige Detonation verursachte eine entsetzliche Panik unter der vieltausendköpfigen Menge, die eilig auseinander floh. Als sich die Leute versammelt hatten, fand man auf dem Platz 24 Verwundete vor, unter ihnen mehrere lebensgefährlich Verletzte.

Zwei Tote und zwei Schwerverletzte bei einem Zusammenstoß von zwei Motorrädern. In der Nacht zum Montag stießen auf der Provinzialstraße Dorsten-Steinbrücke zwei Motorräder in voller Fahrt zusammen. Die beiden Fahrer, sowie zwei auf den Soziusitzen befindliche Personen wurden auf das hartgebrochene Straßenpflaster geschleudert. Die Motorradfahrer, zwei Verletzte, wurden getötet, die beiden Mitfahrer schwer verletzt. Bei einem der Verletzten besteht Lebensgefahr.

Su der Bluttat eines Reußlauer Mädchens. Die wir gestern berichtet haben, wurde in der Nacht vom 2. zum 3. ds. Mts. der 31 Jahre alte Arbeiter Reiffmann im Flur eines Hauses der Brina-Gandert-Strasse in Reußlitz mit lebensgefährlichen Stichwunden aufgefunden und nach dem Budower Krankenhaus gebracht, wo er noch sehr bedenklich darniederliegt. Durch Zeugenvernehmungen gelang es jetzt, als Täterinnen eine 18jährige Käthe Gellach und ihre 17jährige Freundin Hilde Reumann zu ermitteln und restzunehmen. Reiffmann hatte bei einem Tange an jenem Abend beschleunigt gegen eine papierne Karnevalsmaske, die die Gellach auf dem Kopfe trug, gestoßen und sie dadurch in Unordnung gebracht. Das darüber in Wut geratene Mädchen ließ sich dann von einem jungen Manne einen Dolch geben. Sie brach auf der Straße einen Streit mit Reiffmann vom Saum, nahm aus den Händen der Freundin den Dolch und sprang plötzlich ihrem Gegner wie eine Rabe auf den Rücken. Zweimal stieß sie mit dem Dolch zu und ergriff dann mit ihrer Helferin die Mordt. Die Mädchen wurden wegen versuchten Mordes dem Amtsgerichts Reußlitz eingeliefert.



Otto Gals.

Der deutsch-böhmische Dichter Otto Gals ist im Prag im Alter von 69 Jahren gestorben. Gals, der eigentlich Arzt war, ist als Lyriker namentlich durch seine Mitarbeit an der „Jugend“ und am „Stimmkreislauf“ bekannt geworden. In tubetendischen Schriftstellerkreisen hat er auch in den letzten Jahren eine große Rolle gespielt.

Bücher und Zeitschriften.

Bei der Redaktion eingegangen:

Die Dichtkammer, Drama von Paul Lederer nach der gleichnamigen Christus-Legende von Selma Lagerlöf bearbeitet. Von der Schwed. Dichterin dazu autorisiert. Preis Mk. 2.— 60 Seiten. Heim-Verlag Radolfsch/Bodenlee. Paul Lederer hat sich hier eine schwierige Aufgabe gestellt, liegt doch die Kunst der Selma Lagerlöf ganz besonders in der Kleinmalerei und der Breite der Erzählung. Selma, Volkstümlich mit Wanderogel-Lied, Spiel und Tanz. 1 Akt von Elisabeth Bedulson-Granda. Preis 0,80. 16 Seiten. Heim-Verlag Radolfsch/Bodenlee. Die kleine Volkstümlich, feinsinnig und tief empfunden, von herzerquickender Frische durchweht.

Zwei erklärt, Schauspiel in 4 Akten und 2 Bildern von G. Hoyer. Heim-Verlag Radolfsch/Bodenlee, Preis Mk. 2.— 98 Seiten. Der Name der Verfasserin hat im In- und Ausland einen guten Klang. Man dürfte daher mit Recht erwarten, daß sie ein literarisch wertvolles und feinsinniges Stück liefern würde. Ihr erster Bühnenversuch kann als durchaus glücklich bezeichnet werden.